Nr. 259 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 11. November 1927

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Das Programm der Völkerbundstagung

Danzig-polnische Angelegenheiten — Deutschlands Interesse — Der litauische Protest wird behandelt

Genf. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht das Programm der am 5. Dezember beginnenden 48. Session des Völkerbundsrates, das unter seinen gegenwärtig 29 Punkten, eine Anzahl sehr wichtiger Probleme enthält. Deutschland wird von folgenden Fragen direkt berührt:

Punkt 8: Verwendung der Westerplatte in Danzig für die Durchfuhr polnischer Munition.

Punkt 29: Verwendung des Danziger Hafens als polnischer Anlegehafen.

Den Bericht erstattet in beiden Fällen der Vertreter Chiles, Villegas.

Punkt 13 betrifft die verweigerte Uebernahme des griechischen Panzerkreuzers „Salamis" durch die griechische Regierung. Den Bericht erstattet der Vertreter Columbiens, Urutia. Abgesehen vom Italiener Scialoja und dem Japaner Saito.

Punkt 16 bringt unter rumänischem Referat die jährliche Neuerung der vier Investigationspräsidenten, deren Mandate im Januar und Februar 1928 ablaufen. Für Deutschland war bisher der Generalstabschef des Marschalls Foch, General Baratier, der Vertrauensmann des Völkerbundsrates.

Weitere wichtige politische Fragen sind: Punkt 14 bringt unter englischem Referat abermals den alten ungarisch-rumänischen Optantenstreit, wobei Chamberlain von Villegas und Adatschi-Japan assistiert wird.

Punkt 17 bringt die beiden jüngsten litauischen Beschwerden gegen Polen, die eine vom 15. Oktober nach Artikel 11 des Paktes die zweite vom 26. Oktober wegen Ausweisung von 11 polnischen Staatsbürgern durch Polen nach Litauen. Diese Fragen dürften sich zum Zentrum der diesmaligen Ratsverhandlungen auswachsen.

Der Vertreter Deutschlands, referiert unter Punkt 22 bis 24 über drei wirtschaftliche Fragen, betreffend die Ergebnisse der soeben abgeschlossenen diplomatischen Handelskonferenz. Dringende Fragen des Wirtschaftskomitees und die Ernennung der Mitglieder des beratenden Wirtschaftskomitees, der neuen Wirtschaftsorganisation.

Punkt 15, über den Rumänien referiert, gehört in das Gebiet der Beschleunigung der Mobilisierungsgeschwindigkeit des Völkerbundsrates.

Punkt 28 behandelt nach englischem Referat das gerade jetzt empfindliche Thema der Herabsetzung der Zahl der jährlichen Sitzungen des Völkerbundsrates.

Die übrigen Fragen behandeln interne Angelegenheiten des Sekretariats, Hygiene, Opium, Frauenhandel, russische Flüchtlinge, Alkohol in den Mandatsgebieten, Durchführung von kaufmännischen Schiedsurteilen im Ausland Falschmünzerei, Ergebnis der im August abgehaltenen Pressekonferenz, Kredite für Griechenland und Bulgarien, Codifaktion des internationalen Rechtes und noch einige andere kleinere Fragen.

Abbruch der Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen

Danzig. Amtlich wird mitgeteilt: Am Mittwoch haben unter wechselndem Vorsitz der beiden Regierungsvertreter die am Montag Abend begonnenen Aussprachen zwischen den Sachverständigen der polnischen Industrie und Vertretern der Danziger Wirtschaftskreise ihre Fortsetzung gefunden. Im Vordergrunde standen die Erörterungen über Bezugsmöglichkeiten von Erzeugnissen der polnischen Metall- und Eisenindustrie, sowie der Porzellanindustrie.

Die für Mittwoch in Aussicht genommene Besprechung mit Sachverständigen der Industrie und der chemischen Industrie hat nicht stattfinden können, da die polnischen Sachverständigen ausblieben. Aus diesem Grunde sind auch die offiziellen Verhandlungen vorläufig vertagt worden und sind die Vertreter der polnischen Regierung nach Warschau zurückgekehrt. Mit der Fortsetzung der Verhandlungen ist in Kürze zu rechnen.

*

Zu diesem vorläufigen Abbruch der danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen erfährt man noch folgende Einzelheiten: die Kontingente von reichsdeutschen Waren für Danzig haben sich im Laufe der Zeit als zu klein erwiesen und Danzig ist daher an Polen mit der Forderung herangetreten, diese Kontingente zu erhöhen. Soweit darin unter dieses Kontingente fallen, die aus dem Ausland bezogen werden müssen, ist Polen zu dieser Erhöhung bereit. Es glaubt jedoch, daß Danzig eine große Anzahl von Waren, die es bisher aus dem Ausland, speziell Deutschland bezogen hat, in Polen selbst eindecken kann.

Zur Klärung dieser Frage sind seit Montag Besprechungen zwischen der Danziger und der polnischen Regierung unter Heranziehung der beiderseitigen Fachleute aus der Eisen-, Metall-, Porzellan-, Textil- und chemischen Industrie im Gange. Diese Verhandlungen sind heute abgebrochen worden, da die Fachleute am zweiten Verhandlungstage „ausblieben", wie der amtliche Bericht kurz erwähnt. Warum sie ausblieben, wird nicht angegeben. Man wird aber wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß die Produzenten hinsichtlich der Qualität und der Preise ihrer Ware von den Danziger Kaufleuten, so sehr die Wahrheit gesagt bekamen, daß sie ein weiteres Verhandeln für aussichtslos hielten. Der Danziger amtliche Bericht hebt allerdings hervor, daß mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Kürze zu rechnen sei.

Sitzung des Generalrates des Gewerkschaftskongresses

London. Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses und das Exekutivkomitee der zweiten Gewerkschaftsinternationale traten gestern in London zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Von deutscher Seite nahmen Präsident Leiparth und Sassenbach an den Verhandlungen teil. Ueber die Besetzung des Präsidentenpostens und anderer wichtiger Verwaltungsposten, konnte noch keine Einigung erzielt werden. In einem offiziellen Bericht über den Verlauf der Sitzung wird betont, daß Großbritannien nicht mehr als jede andere Nation Anspruch auf den Präsidentenposten der Gewerkschaftsinternationale hat, jedoch eine entsprechende Vertretung im Exekutivkomitee verlange.

Beilegung des tschechischen Eisenbahner-Streiks

Prag. In der Mittwoch-Sitzung der Exekutive der Eisenbahner wurde der Vorschlag des Ministerpräsidenten, die Eisenbahner den übrigen Staatsangestellten gleichzustellen, wobei der Eisenbahndienst speziell bewertet werden soll und bedeutend größere Geldbeträge für die Regelung aufgewendet werden sollen als sie bisher bewilligt waren, als annehmbare Grundlage für weitere Verhandlungen bezeichnet. Die Exekutive empfiehlt daher allen Angestellten die durch die Unterbrechung der Verhandlungen hervorgerufene Bewegung (Passive Resistenz) zu beenden und die Arbeit wie vor der Unterbrechung der Verhandlungen in normaler Weise wieder aufzunehmen.

Mussolinis Säuberungsaktion

Sturz faschistischer Götter.

Rom. Hier tagte unter dem Vorsitz des Premierministers die faschistische Parteileitung. In der gestrigen Sitzung hielt der Premierminister eine Rede über die in- und ausländische Lage, die drei Stunden dauerte, über deren Inhalt die Blätter jedoch keine weiteren Angaben machen. Die Parteileitung stellte u. a. fest, daß die jetzt auf Grund des neuen Statuts erfolgten Ernennungen sämtlicher Parteileiter statt der früheren Wahlen sich gut bewährt haben. Etwa 2000 Personen wurden aus leitenden Stellen entfernt und 3000 aus der Partei ausgeschlossen. Es wurde beschlossen, daß in leitenden Stellen in Zukunft nur langjährige und erprobte Parteimitglieder ernannt werden sollen. Eine Angliederung von früheren Parteigegnern aus den verschiedenen Lagern soll abgewiesen werden. Der italienische Generalkonsul in Düsseldorf wurde zur Disposition gestellt und auf seinen Posten der bisherige Pariser Generalkonsul Pullino berufen.

Unglaubliche Italienisierungsmethoden

Wien. Wie die Korrespondenz „Hertzog" aus Botzen meldet, haben die amtlichen Bürgermeister von Südtirol zweifellos auf höheren Befehl den Erlaß herausgegeben, wonach Inschriften auf Grabsteinen nur in italienischer Sprache hergestellt sein dürfen. Bis zum 30. November sollen alle deutschen Grabinschriften durch italienische ersetzt werden und, falls dies nicht geschieht, sollen Strafen verhängt werden.

Verhandlungsrätsel

Die letzten Nachrichten, die die Oeffentlichkeit bezüglich der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen erreichen, lassen allmählich die Leser stutzig werden, was denn eigentlich von den Regierungen gespielt wird. Eines ist nur bisher sicher, daß trotz aller amtlicher Erklärungen die Verhandlungen nicht recht in Fluß kommen. Schon hat Herr Stresemann mit Herrn Olschowski enge Fühlung genommen, nachdem, amtlich inspiriert, die Reichspresse zu berichten wußte, daß es des ganzen Einflusses des Außenministers bedurfte, um das Kabinett zur Verhandlungsaufnahme zu bewegen, der polnische Spezialabgeordnete ist ernannt worden und sollte am Freitag in Berlin sein und ist, wie wir das so gewohnt sind, diplomatisch erkrankt. Es wird aber in Warschau ernstlich versichert, daß es diesmal keine diplomatische Krankheit ist. Fiebernd liegt Herr Jackowski im Bett und darum die Verzögerung in den Verhandlungen, hoffentlich stirbt er nicht inzwischen; denn dann würde man wohl noch versichern, daß infolge Todes die Verhandlung auf wer weiß wie lange verschoben werden können. Trifft es wirklich zu, daß Herr Jackowski erkrankt ist, so würde dies nur eine Auswirkung der krankhaften Verhältnisse sein, wie sie zwischen Polen und Deutschland herrschen.

Die Art, wie man die polnisch-deutschen Verhandlungen zu führen pflegt, fangen allmählich an, lächerlich zu werden. Und die Kulissenschieber sind leicht zu finden, wenn man aufmerksam alle Zeitungen verfolgt, und die amtlichen Nachrichten lassen auch gewisse Schlußfolgerungen zu; denn diesmal sind es wieder die Schweine, die die größte Sorge bereiten, und dann werden es in einigen Tagen die sanitären Einfuhrbedingungen sein, wieder ein Grund, um die Verhandlungen hinauszuzögern. Zwischendurch erfahren wir aber, daß man an Berliner amtlichen Stellen darüber sehr erregt ist, daß angeblich Deutschland von irgend einer Seite gezwungen wurde, endlich die Verhandlungen mit Polen aufzunehmen und nachzugeben, wenn es die Früchte von Locarno ernten will. Die polnische Presse behauptet, daß die Drahtzieher in London unter amerikanischem Einfluß sitzen, die anderen, daß Paris einen solchen Wunsch hegt. Einerlei, wie dem auch sein möge, die polnische Presse hat etwas aus der Schule geplaudert und da ist man in Berlin ein wenig erbost. Und Schmock, der ewig amtliche, hat sofort herausgefunden, daß nicht Berlin, aber Warschau einen Rüffel bekam. Eine der geheimen Bindungen, die Polen bei der Anleiheaufnahme angenommen hat, ist die Verpflichtung, daß Polen bis Ende Dezember einen Handelsvertrag mit Deutschland „abschließen muß". Und der Berliner Schmock läßt sich diese Nachricht extra aus Warschau als Entdeckung drahten, um amtlich die Gelegenheit zu geben, zu erklären, daß Deutschland unter gar keinem Einfluß oder fremden Druck seine Geneigtheit zu Verhandlungen gezeigt hat. Nun ist der Leser froh, mit so viel Weisheit gestopft zu sein. Er mag darüber nachdenken, warum infolge diplomatischer Intrigen die deutsch-polnischen Verhältnisse immer trüber werden.

Aber es wird versichert, daß das Bestreben ernsthaft ist, einmal die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Wir wollen nicht auf alle früheren gegenseitigen Verdächtigungen eingehen, die immer dazu herhalten mußten, um endlich die Verhandlungen in Fluß zu bringen. Eines ist jedenfalls sicher, daß in beiden Staaten gewisse Kreise ihre Sonderinteressen aufgeben müssen, wenn überhaupt zwischen Deutschland und Polen geordnete Verhältnisse Platz greifen sollen. Was in Deutschland die Landwirtschaft nicht will, das wollen in Polen nicht die Schwerindustriellen. Und in diesen Kreisen sind die Widerstände zu suchen. Beide Teile haben nun bei den Kabinetten Einfluß, und ihre Sonderinteressen nehmen keine Rücksicht auf die staatlichen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn. Wer da glaubt, daß ohne die politische Bereinigung ein Wirtschaftsvertrag zwischen Polen und Deutschland zustande kommt, der will absichtlich die Schwierigkeiten übersehen, die es zu bereinigen gilt. Und wenn wir heute überhaupt vorwärts kommen und zum Teil Verhandlungen zwischen beiden Staaten schweben, so ist dies das Verdienst des deutschen Gesandten in Warschau, der, alle Schwierigkeiten überbrückend, an der polnisch-deutschen Verständigung arbeitet. Zum Dank wird er oft ohne Informationen aus Berlin gelassen; denn im augenblicklichen Reichskabinett gibt es noch immer Kreise, die an eine kriegerische Auseinandersetzung mit Polen denken und nicht an einer Verständigung mitarbeiten wollen.

Den Sonderinteressenten wird es schwer beizubringen sein, daß im Interesse des europäischen Friedens eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen notwendig ist und tritt diese ein, dann kann man auch auf bessere Geschäfte mit Rußland rechnen. Die Version eines polnischen Saisonstaates, den man sich eingebildet hat, ist gründlich zusammengebrochen; trotz gegenteiliger Behauptungen hat Polen eine Anleihe erhalten und wäre es an der Zeit, daß man auch im Reich von der bisherigen Politik abschwenkt und zur Verständigung kommt. Gewiß müssen von beiden Seiten Opfer gebracht werden, wenn das Werk gelingen soll. In Warschau hat man genug

...rigkeiten zu überwinden, um das Nachgeben in ge... ...en Punkten gegenüber Deutschland verteidigen zu können, und da ist es auch Pflicht von Berlin, Entgegenkommen zu zeigen. Einfache Zeitungspolemiken dazu zu benutzen, um wieder die Verhandlungen ins Stocken zu bringen, ist doch ein zu dummes diplomatisches Spiel und für die heutigen Verhältnisse unbrauchbar. Denn wer ein wenig die weltpolitischen Ereignisse verfolgt, der weiß, daß andere, einflußreichere Staaten sowohl in Berlin als auch in Warschau Vorstellung erhoben haben, um im Osten zwischen Deutschland und Polen die Verhältnisse zu klären.

Beide Staaten brauchen im Interesse ihrer Ein- und Ausfuhr, ihres wirtschaftlichen Aufstiegs den Handelsvertrag. Er darf an politischem Eigensinn der einen oder anderen Stelle nicht scheitern. Man lasse für die politischen Auseinandersetzungen die Zeit arbeiten und wenn erst die Verständigung ihre Früchte trägt, wird man über sie hinwegkommen. In Berlin sollte man sich dessen erinnern, daß man in Warschau die Reden des Herrn Westarp nicht vergessen hat und auch den Einfluß nicht unterschätzt, den der Reichslandbund ausübt. Man wird schnell mit Verdächtigungen bei der Hand sein, um die Schuld ganz auf Berlin zu schieben. Der Hinweis auf die polnischen Maximalzölle ist nicht ganz haltbar, da man in Warschau bereit ist, sie nicht in Geltung treten zu lassen, wenn erst die Verhandlungen aufgenommen sind. Es wäre an der Zeit, daß den schönen Versicherungen von der Verhandlungsbereitschaft auch Taten folgen würden.

Wir sind glücklicherweise so weit, daß wir nicht bloß von innerpolitischen Ueberraschungen leben, sondern allmählich auch außenpolitische hinzubekommen. Es schweben ja eine Reihe von Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen, wie über die Saisonarbeiter, die Auswandererfrage, Verkehrsabkommen u. a., warum also auch nicht die Handelsvertragsverhandlungen! Oder hat man wieder in den bereits getätigten Niederlassungsfragen ein Loch entdeckt, welches nicht zu überbrücken ist? Oder fällt es gewissen Kreisen schwer, die bisherigen Verhandlungsleiter auf beiden Seiten abzulösen? Es gibt auch hier noch gewisse Prestigefragen, mit denen man nicht an die Oeffentlichkeit will, die aber sehr nachteilig auf die Verhandlungsaufnahme wirken. Wenn man die deutsch-polnische Verständigung so betreiben wird, dann ist dies für die polnischen Chauvinisten die willkommenste Gelegenheit, ihr Ausrottungswerk gegen alles Deutsche fortzusetzen. Und man zweifelt doch in Berlin nicht daran, daß sie bisher ihre Sache sehr gut gemacht haben. Eine deutsch-polnische Entspannung wird auch Warschau zu einer anderen Minderheitspolitik zwingen, die man jetzt unter Hinweis auf die deutsche Unnachgiebigkeit nicht einleiten will. —U.

Zusammenkunft Jackowski - Stresemann am 17. November

Berlin. Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau" ist die Zusammenkunft des Direktors des politischen und wirtschaftlichen Departements des polnischen Ministeriums des Aeußeren, Dr. Jackowski, mit Dr. Stresemann endgültig für den 17. November vorgesehen.

Arbeitszeit in den Stahl- u. Walzwerken

Berlin. Die Groß-Eisenindustrie hat vor kurzem beim Reichsarbeitsminister beantragt, die Frist bis zum Inkrafttreten der Verordnung über die Arbeitszeit in den Stahl- und Walzwerken vom 16. 7. 1927 im Hinblick auf große technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu verlängern. Ueber diesen Antrag hat am 9. 11 im Reichsarbeitsministerium eine Aussprache mit Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer stattgefunden, in der die Gründe für und gegen ein Hinausschieben des Inkrafttretens eingehend durchgesprochen wurden. Zur Prüfung der für den Antrag vorgebrachten Gründe werden noch weitere Ermittelungen erforderlich sein. Inzwischen wird die Groß-Eisenindustrie gebeten werden, ihre Vorbereitungen für die Inkraftsetzung der Verordnung wegen dieser Ermittelungen nicht zu unterbrechen.

Revision des Dawesplanes?

Bildung eines Reparationsausschusses. — Pressestimmen für Revisionen.

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett stimmte in seiner heutigen Sitzung dem vom Reichsminister der Finanzen bereits vor längerer Zeit unterbreiteten Vorschlag auf Bildung eines reparationspolitischen Ausschusses der Reichsregierung zu. Dieser Ausschuß soll unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen entsprechend dem interministeriellen handelspolitischen Ausschuß aus Vertretern, der für die Reparationspolitik im einzelnen zuständigen Ministerien gebildet und mit der Aufgabe der Vorbereitung aller mit der Reparationspolitik zusammenhängenden Maßnahmen betraut werden.

*

New York. Das Journal of Commerce bemerkte noch zu Parker Gilberts Memorandum, daß das Ueberraschende sei, daß vor dem Memorandum keinerlei Warnung abgegeben worden sei. Der Reparationsagent hätte zu den deutschen Bons-Auflegungen bisher nichts zu sagen gehabt. Es sei ihm augenscheinlich darum zu tun gewesen, zu zeigen, daß der Dawesplan arbeite. Deutschlands Geldleiher seien aber nicht zur Vorsicht gemahnt und Deutschlands maßgebende Stellen nicht gewarnt worden. Der Dawesplan sei ein Notbehelf gewesen, um die deutsche Wirtschaft erst einmal in Gang zu bringen, und die Endabrechnung hinauszuschieben. Der Zeitpunkt sei nunmehr gekommen, um wirklich ernstlich eine Deutschlands Lage und Deutschlands Reparationsfähigkeit entsprechende Abrechnung aufzustellen.

Gegen die Zensurmaßnahmen Bratianus

Bukarest. In der Mittwoch-Sitzung der rumänischen Kammer kam es anläßlich einer Interpellation des Vertreters der nationalen Bauernpartei, Magyaru, über die Wiedereinführung der Zensur, zu stürmischen Szenen. In Beantwortung der Interpellation begründete der Innenminister Duca die Wiedereinführung der Zensur damit, daß die Zeitungen ihr Versprechen, die Carolfrage nicht mehr zu behandeln, nicht gehalten hätten. Die Regierung übernehme für ihre Maßnahmen die volle Verantwortung. In seiner Erwiderung erklärte Magyaru, Duca könne keine gesetzliche Grundlage für die Einführung der Zensur anführen. Die Zensur sei nur eingeführt worden, weil der Regierung die Besprechung eines bestimmten Problems nicht passe. Im übrigen sei Ministerpräsident Bratianu für die Aufrollung der Carolfrage in erster Linie verantwortlich, weil er durch sein bekanntes Interview im Figaro diese Frage wieder aufs Tapet gebracht hätte. Als Duca antworten wollte, entstand ein heftiger Lärm. Nur mit größer Mühe konnte die Ordnung wieder hergestellt werden.

Hierauf legte Minister Popescu der Kammer den Entwurf eines Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Ordnung vor. Der Entwurf sieht vor, daß jede Aktion gegen die gegenwärtige Regierung und die Thronordnung mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe von 10 000 bis zu 100 000 Lei bestraft werden soll.

Schuldige Beamte sollen sofort des Amtes enthoben werden und sämtlicher Gehaltsansprüche verlustig gehen.

Ministerpräsident Bratianu hat Mittwoch dem Regentschaftsrat einen Bericht über die gegenwärtige Lage erstattet.

Der Marsch der Waleser Bergarbeiter nach London

London. Etwa 300 arbeitslose Bergarbeiter von Wales traten Mittwoch ihren Marsch von New Port nach London an. Die Bergarbeitergewerkschaft hat eine Beteiligung abgelehnt, während die parlamentarische Arbeiterpartei den Marsch wegen des kommunistischen Einschlages verurteilt. Die Bergarbeiter wollen in London Baldwin und verschiedene Kabinettsminister aufsuchen, um die Regierung zu sofortigen Hilfsmaßnahmen für die Bergarbeiterschaft in Wales und anderen Notleidenden Bezirken zu veranlassen.

Der neue französische Botschafter in Rom

Paris. Als Nachfolger des französischen Botschafters in Rom, Besnards, wird der gegenwärtige französische Botschafter in Warschau, Laroche, ernannt werden. Für den Warschauer Posten ist der französische Gesandte in Kopenhagen, der frühere Kabinettschef Poincares, Hermite, ausersehen.

Senator Borah über Deutschlands Anleihepolitik

Neuyork. Senator Borah erklärte, daß Deutschland, wie jede andere Nation hier mehr Anleihen aufnehme, als es erschwingen könne. Parker Gilbert scheine sich, als er sein Memorandum der Oeffentlichkeit überwiesen habe, nicht klar darüber gewesen zu sein, wohin seine Kritik führen könne. Er sei der Ueberzeugung, daß die Eigentumsrückgabe Deutschland außerordentlich helfen würde, das gerade jetzt mit starkem finanziellen Druck belastet sei. Er hoffe, daß in der nächsten Kongreßsession die Eigentumsrückgabe beschlossen werden würde.

Der französisch-italienische Gegensatz im Mittelmeer

Köln. Unter der Ueberschrift „Der französisch-italienische Gegensatz im Mittelmeer". — Rückwirkungen am Rhein nimmt die „Kölnische Zeitung" in ihrer heutigen Morgenausgabe Stellung zu dem Tangerproblem. Nach der Feststellung, daß das Tangerproblem zu einer reinen Machtfrage zwischen Frankreich, Italien und England geworden sei, untersucht das Blatt, welche Stimmung in Frankreich in bezug auf dieses Problem vorherrsche. Während die antideutschen Schowinisten vom Schlage der „Libertee" und der „Action francaise" so schreibt das Blatt für Nachgiebigkeit gegenüber Italien seien und gegebenenfalls bereit wären, die französische Mittelmeerstellung für die französische Rheinstellung zu opfern, suche die offizielle französische Politik in beiden Fragen den Boden solange wie möglich für Frankreich zu verteidigen und zum wenigsten den Verlust in der einen Frage mit einem entsprechenden Gewinn, in der anderen Frage wieder gut zu machen. Es sei nicht das erste Mal, daß England sich Nachgiebigkeit Frankreichs in der Mittelmeerfrage durch Zugeständnisse in der Rheinlandfrage erkauft habe. Damit gewinne der Verlauf der Tangerangelegenheit auch für Deutschland große Bedeutung.

Reorganisation der Tscheka?

Kowno. Nach bisher unbestätigten Meldungen aus Moskau sollen demnächst Personalveränderungen in der G. P. U. bevorstehen. Der bisherige Leiter der G. P. U. Menshinski, soll zu seiner diplomatischen Tätigkeit zurückkehren. Früher ist Menshinski bekanntlich an der russischen Botschaft in Berlin tätig gewesen. An seine Stelle soll der bisherige Handelskommissar Mikojan treten, der den Ruf eines radikalen Gegners der Opposition hat. Den Posten des Handelskommissars soll angeblich der ehemalige Finanzkommissar Sokolnikow einnehmen. Sokolnikow hat sich insbesondere um die Stabilisierung des Tschewonez verdient gemacht und ist im übrigen Gegner des straffen Außenhandelmonopols. Diese Personalveränderungen, die von Bedeutung sein würden, wenn sie tatsächlich erfolgen, sollen angeblich etwa zwei Wochen vor dem Parteikongreß vollzogen werden.

Der amerikanische Gesandte besucht Manoilescu

Paris. Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Bukarest hat sich nach Jeliwa, wo Manoilescu inhaftiert ist begeben, und gab bei der Gefängnisdirektion seine Karte für Manoilescu ab. Die rumänische Regierung hat hierauf eine Demarche in Washington unternommen, um gegen dieses Vorgehen des amerikanischen Gesandten zu protestieren.

Nach einer Matinmeldung aus Bukarest, hat der rumänische Ministerrat einem Gesetzentwurf zugestimmt, der Ausnahmemaßnahmen für jeden Versuch, die konstitutionelle Ordnung zu stürzen, vor sieht. Das Gesetz soll für die Zeit der Minderjährigkeit des Königs gültig sein.

Schwere Kämpfe zwischen Nordtruppen und Nationalisten

London. Die nationalistischen Truppen werden, nach Meldungen aus Schanghai, sowohl am großen Kanal, wie in den Abschnitten von Pukau und Tientsin von den Nordtruppen schwer bedrängt. In der Nähe von Tsingkiangpo am großen Kanal und in der Nähe der Eisenbahnlinie sind schwere Kämpfe im Gange. Von Nanking aus begeben sich lange Kolonnen von Artillerie nach dem Kampfplatz. In Schanghai wurden heute fünf Weißrussen verhaftet, die einen Bombenanschlag auf das Sowjetkonsulat planten. In dem Chinesenviertel ist aus Furcht vor kommunistischen Unruhen das Kriegsrecht erklärt worden.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

20)

„Gott verzeihe mir! Ich könnte heute abend einen Mord begehen!"

Es schien uns allen eine Ewigkeit, bevor die Laternen zur Stelle waren. Zehn Minuten genügten, um das ganze Dickicht zu durchforschen, denn es war nicht sonderlich umfangreich. Wir fanden Denbys Revolver. Weiter nichts.

Als wir uns wieder auf der Rasenfläche versammelt hatten, glaubte ich Smith noch nie so blaß und verstört gesehen zu haben. „Was bedeutet dies alles?" murmelte er tonlos.

Er erwartete keine Erwiderung, und es war auch niemand da, der sie ihm hätte geben können.

„Sucht! Ueberall!" keuchte der Geistliche heiser. Er hastete in den Rosengarten und sprang wie ein Wahnwitziger über die Blumenrabatten, während er andauernd: „Vernon! Vernon!" schrie.

Ungefähr eine Stunde noch opferten wir unseren gemeinsamen Nachforschungen, an denen sich nun auch Greba Eltham mit dem Hauspersonal beteiligte. Wir durchpirschten so ziemlich jeden Zoll Bodens innerhalb des Drahtzauns — ohne jedes Ergebnis.

Endlich fanden wir uns, einer nach dem andern, wieder auf der Veranda ein. Eltham ließ sich auf eine Rohrbank nieder und vergrub sein Gesicht in die Hände. Nayland Smith lief hin und her wie ein eingesperrtes wildes Tier, knirschte mit den Zähnen und riß an seiner Ohrmuschel.

Von einem plötzlichen Einfall beseelt, ergriff er eine Laterne und eilte behutsam über die Grasfläche nach dem dichten Gestrüpp. Ich folgte ihm. Er hoffte wohl, jemanden, der dort auf der Lauer lag, zu überraschen. Er überraschte sich selbst und uns alle.

Denn dicht am Rand des Gehölzes strauchelte er und fiel vornüber: Er war über einen Körper gestolpert — den Körper Denbys!

Wenige Minuten zuvor hatte Denby sich da noch nicht befunden. Wie war er dort hingekommen? Der Pastor kam heran, stieß einen tiefen Seufzer aus und ließ sich auf die Knie nieder. Dann trugen wir seinen Neffen dem Hause zu und betteten ihn ins weiche Gras.

Nayland Smiths Antlitz war furchtbar anzusehen. Aber die rasende Wut inspirierte ihn zu einer Handlung, die, wäre sie eher geschehen, Denby gerettet haben würde. Sich plötzlich zu Eltham wendend, brüllte er mit einer Stimme, die an der anderen Flußseite zu hören sein mußte: „Lieber Himmel! Wir sind Idioten! Laßt den Hund los!"

„Aber der Hund ..." begann ich.

Smith hielt seine Hand vor meinen Mund. „Ich weiß, daß er verletzt ist," flüsterte er. „Aber wenn sich dort etwas versteckt hält, wird uns der Hund hinführen. Wenn es ein Mensch ist, wird er fliehen. Hätten wir nur früher daran gedacht!"

Wieder erhob er die Stimme: „Halten Sie ihn an der Leine, Edwards! Er soll uns den Weg zeigen!"

Die List gelang. Kaum war der Gärtner verschwunden, als drinnen auch schon die Alarmglocken schrillten.

„Warten Sie!" rief der Pfarrer und rannte ins Haus.

Gleich darauf war er wieder zurück. Seine Augen funkelten wie die eines Irrsinnigen. „Ueber den Graben!" keuchte er, und schon eilten wir hinter ihm drein.

Oberhalb des Grabens war es finster, aber doch nicht so, daß uns die schmale Strickleiter aus dünnen Bambusstäben und Seidenschnüren verborgen geblieben wäre, die an zwei Haken vom Rand des fast vier Meter hohen Zauns herabhing. Zu hören war nichts.

„Er ist entkommen!" knirschte Eltham. „Durch die Pforte!"

Wir liefen, so hurtig wir konnten. Aber der flinke Geistliche uns allen voran. Wie ein Rasender rüttelte er an Gitter und Riegel und stürmte auf die Straße.

Rechts und links erstreckte sich der Weg nach dem Hügel der römischen Ruine. Nirgends ein Lebwesen. Aus der Ferne belferte das Bellen des Hundes.

„Verflucht! Er ist verletzt! Er kann ja nicht laufen!" zischte Smith. „Ohne ihn können wir ebensogut einem Schatten nachjagen!"

Eine Stunde später gab uns das Untrholz sein Geheimnis preis, das einfach genug war: Ein großes Faß, in ein Erdloch versenkt, an dessen losen Deckel man einen mit Grasbüschseln maskierten Lorbeerzweig befestigt hatte! Unweit des Zauns lag ein dünner Bambusstab. An seinem einen Ende befand sich ein Haken, der anscheinend zum Halten der Strickleiter diente.

„Das Ende der Leiter hat Fräulein Greba gesehen," erklärte Smith, „als der Träger sie hinter sich her in das Unterholz schleppte, nachdem er aus dem Zimmer ihres Vaters verscheucht worden war. Er, wie die andern, die sich bei ihm befanden, haben sich zweifellos während der Zeit eingeschlichen, als Pfarrer Eltham in London weilte, und haben gleichzeitig das Faß nebst sonstigem Zubehör mitgebracht. Sie hielten sich irgendwo verborgen, wahrscheinlich im dichten Gestrüpp, und konnten dann in der Nacht ihr Höhlenversteck herrichten. Die ausgegrabene Erde warfen sie auf die Blumenbeete; den Lorbeerzweig hatten sie wahrscheinlich bei sich. Für Fu-Mandschus Zwecke war ja unbedingt eine Operationsbasis innerhalb von Redmoat erforderlich."

„Du bist also der Ansicht, daß der Doktor selber zugegen war?"

„Allerdings! Wer sonst hat Augen wie die, die Fräulein Greba heute nacht von ihrem Fenster aus sah?"

Es blieb nur noch übrig, den Plan aufzuhellen, den Fu-Mandschu vorbereitet hatte, um Elthams Abreise nach China zu verhindern. Einen Fingerzeig hierfür erhielten wir durch Denby, denn er war nicht tot.

Es war leicht zu erraten, daß er am Eingang der verborgenen Höhle auf den teuflischen Eindringling gestoßen war, einen empfindlichen Schlag erhalten hatte — wahrscheinlich mit einem Sandsack — und bewußtlos in das Versteck hinabgezogen wurde, bei dem er so nahe gelegen haben muß, daß die Entdeckung des künstlich angebrachten Lorbeerzweiges möglich war, wenn wir den Vermißten dort fanden. Als unsere Untersuchung des Dickichts beendigt war, wurde sein Körper geschwind nach dem Rand des Gehölzes getragen.

Weshalb man sein Leben schonte, war unklar; jedenfalls aber hatte man vorgesorgt, daß er sein Bewußtsein nicht sobald wiedererlangte, damit das Rätsel des Unterholzes für uns ungelöst bleiben sollte. Nur die List, den Hund auf die Fährte zu hetzen, hatte dem Besuch des unerwünschten Gastes ein Ende bereitet.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Der Kattowitzer Stadtpräsident soll gehen!

Noch vor kurzem schrieben wir, daß nach dem Myslowitzer Bürgermeister Dr. Radwainski von der Moralischen Sanation erledigt wurde, der Kattowitzer Stadtpräsident Dr. Gornik an der Reihe ist, da auch er keine Gnade mehr vor ihren Augen findet. Das scheint sich nun zu bewahrheiten, denn der „O. K.“ will aus authentischer Quelle erfahren haben, daß die Pensionierung Dr. Gorniks bereits eine beschlossene Tatsache sei. Allerdings will Dr. Gornik aus gesundheitlichen Rücksichten gehen.

Auf was für eine „authentische Quelle“ der „O. K.“ zurückgreifen kann, ist uns nicht bekannt, doch ist das, was er gestern berichtete, nicht unwahrscheinlich mit Ausnahme der „gesundheitlichen Rücksichten“, trotzdem die heutige polnische Presse es als eine Zeitungsente bezeichnet; denn es ist längst kein Geheimnis mehr, welche Wünsche im polnischen Lager betreffs des Kattowitzer Stadtpräsidentenpostens gehegt werden. Ihn muß ein fanatisierender Patriot ausfüllen, ein williges Werkzeug der Moralischen Sanation und vor allem des Westmarkenvereins, und das ist Dr. Gornik nicht. Unter solchen Umständen muß er eben gehen.

Gute Konjunktur

Die ostoberschlesische Kohlenindustrie konnte im Oktober 1927 die Förderung wie den Absatz ihrer Gruben um reichlich 100 000 Tonnen steigern. Es wurden im Oktober insgesamt 2 500 567 Tonnen gefördert, im arbeitstäglichen Durchschnit 96 175 Tonnen (Septmber 2 394 414 Tonnen bezw. 92 093 Tonnen). Abgesetzt wurden innerhalb Ostoberschlesiens einschließlich Selbstverbrauch und Deputats 761 426 Tonnen (708 613), ohne Selbstverbrauch 555 701 Tonnen (518 427), nach dem übrigen Polen 845 800 Tonnen (787 185). Dagegen zeigte die Ausfuhr einen Rückgang von 886 974 Tonnen im September auf 879 751 Tonnen im Oktober. Die Haldenbestände haben von 975 194 auf 977 265 Tonnen zugenommen.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in der Zinkproduktion. An Zinkblende wurden 21 533 Tonnen gefördert (im August 18 538). Die Rohzinkerzeugung stieg von 11 166 Tonnen im August auf 11 225 Tonnen im September. Die Walzwerke produzierten 50 Tonnen mehr als im Vormonat. Die Bleiproduktion stieg um 197 Tonnen und die Silberproduktion um 379 Tonnen.

Die Unternehmer machen also glänzende Geschäfte, zumal die Solleistung der einzelnen Arbeiter eine enorme sein muß nach den angegebenen Ziffern, denn gerade im Bergbau und der Zinkindustrie, ist von einer nennenswerten Verstärkung der Belegschaften keine Rede.

Die Aufständischen gegen den Starosten Dr. Zaleski

Die „Polonia“ weiß zu berichten, daß der Verband der Schlesischen Aufständischen gegen die Nomination des Dr. Zaleski als Starosten von Pleß, Protest beim Wojewoden erhoben hätten. Ein Herr Kozyra, Mitglied dieses Aufständischenverbandes, sowie zwei weitere hätten das Protestschreiben überreicht.

Interessant wird die Sache, wenn man noch erfährt, daß die Aufständischen dem bereits genannten Herrn Kozyra als Starosten von Pleß gerne sehen möchten. Wir sind wirklich neugierig, ob der Wojewode dem Wunsche der Aufständischen entsprechen wird.

Konzessionen für den Verkauf von Tabakwaren

Die neuen Vorschriften über die Konzessionierung des Verkaufs von Tabakwaren sind veröffentlicht worden. Danach steht das Recht der Verleihung der Konzessionen für den Detailverkauf von Tabakwaren den Finanzbehörden 1. Instanz zu, d. h. den Akzise- und Monopolfinanzämtern, für den Tabakgroßhandel den Finanzbehörden 2. Instanz, d. h. den Finanzkammern und in Ostoberschlesien der Finanzabteilung der Wojewodschaft. Gegen die Ablehnung der Konzession steht der interessierten Partei kein Berufungsmittel zu. Beschwerden gegen die Entscheidungen der obengenannten Behörden, die derselben Behörde eingereicht werden, die die Konzessionen vergibt, bleiben unberücksichtigt. Dagegen können die Finanzbehörden der höheren Instanzen nach eigenem Ermessen die an sie gerichteten Beschwerden nach Einholung des Gutachtens der Direktion des Tabakmonopols prüfen.

Rückkehr von 70000 Saisonarbeitern

In den nächsten Wochen kehren aus Deutschland annähernd 70 000 polnische Saisonarbeiter zurück, davon 30 000, die auf Grund der vereinbarten Verträge das deutsche Gebiet verlassen müssen. Die Rücktransporte gehen alle über Polnisch-Oberschlesien. Damit die weitere Abtransportierung ungehindert vor sich gehen kann, werden bereits von der Wojewodschaft umfassende Maßnahmen getroffen.

Was fordern die Gastwirte?

Am gestrigen Mittwoch, vormittags 10 Uhr fand im Saale der Reichshalle in Kattowitz eine Versammlung sämtlicher Restaurateure, Hôteliers und Kaffeehausbesitzer der Wojewodschaft Schlesien statt. Auf dieser wichtigen Versammlung, welche gut besucht war, auf welcher Vertreter der Wojewodschaft und der Handelskammer, sowie einzelne Abgeordnete, darunter der deutsche Abgeordnete Pawlas teilnahmen, wurde zu aktuellen Fragen betreffend das Spiritusmonopol, Registrierung der Konzessionen, Führung von Monopol-Czysty, Einziehung von Konzessionen, Einschränkung der Polizeistunden, Gewerbe- und Akzisen-Patente, Einkommen-, Umsatz- und Gewerbesteuer, Versteuerung der Kellnerzuschläge, Aushang der Monopolschilder usw. Stellung genommen.

In ausführlichen Referaten behandelte der Präses Radokowski die einzelnen Fragen, gleichzeitig auf die schwierige Lage des Gastwirtsgewerbes in Polnisch-Oberschlesien näher eingehend. Redner berief sich vielfach auf die, durch die Genfer Konvention und das organische Statut verbürgten Rechte und appellierte an die anwesenden Regierungsvertreter in Steuer- und sonstigen Fragen, speziell in der Angelegenheit betreffend die Erhebung der Steuern und Registrierung der Konzessionen und Patente, um Erleichterungen eintreten zu lassen. Die Vertreter der Steuerämter äußerten sich zu den aufgeworfenen Fragen, allerdings meist betonend, daß sich an der bisherigen Handhabung nicht viel ändern könne, da in den Aemtern strickt nach den Anweisungen des Finanzministeriums gearbeitet wird und diese befolgt werden müssen. Im Auftrage der Handelskammer ergriff Direktor Dr. Sand das Wort, welcher seine Meinung in bezug auf die Besteuerung der Kellnerzuschläge dahin Ausdruck gab, daß eine Abhilfe geschaffen werden müsse. Nach den weiteren Erklärungen sollen genau präzisierende und wohlbegründete Eingaben in den einzelnen, vorliegenden Fragen durch die Handelskammer befürwortend, weitergeleitet werden. Dr. Lampel von der Wirtschaftlichen Vereinigung behandelte die Gesetzgebung, nahm zu den wichtigsten der vorliegenden Fragen von nur juristischem Standpunkt Stellung und erntete durch seine betreffenden Ausführungen großen Beifall.

Am Schluß des ersten Teiles der Tagung wurden 4 Resolutionen zur Verlesung gebracht, welche an die Finanzbehörden, den schlesischen Sejm und die Polizeidirektion, sowie die Abteilung des Sicherheitsdienstes bei der Wojewodschaft gesandt werden sollen. Diese Resolutionen, in denen alle Forderungen und Wünsche der Versammelten restlos dargelegt wurden, sind einstimmig von der Versammlung angenommen worden.

Nach einer kurzen Unterbrechung wurde alsdann vorwiegend über Berufs- und Organisationsfragen beraten.

Gegen 3 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Von Banditen ausgeplündert und mißhandelt.

Wie aus Kochlowitz gemeldet wird, ist dort am Montag gegen 12 Uhr nachts auf der Neudorfer Straße der Fleischermeister Wagner aus Ronersdorf von fünf bewaffneten Banditen überfallen worden. Wagner wurde zuerst an den Händen gebunden und mißhandelt. Erst dann untersuchten ihn die Banditen nach Wertsachen und raubten ihm die Brieftasche mit 1200 Zloty, zuguterletzt warfen sie Wagner, der infolge der Mißhandlungen das Bewußtsein verlor, in einen an der Straße gelegenen Steinbruch. Nach einiger Zeit, da W. wieder zur Besinnung kam, schleppte er sich auf die Straße, wo er im hilflosen Zustande von Passanten aufgefunden wurde.

Die Sicherheit in der Wojewodschaft läßt noch sehr viel zu wünschen übrig und das trotz eines verhältnismäßig starken Polizeikörpers. Läßt sich hier wirklich keine Aenderung schaffen?

Kattowitz und Umgebung

Achtung Parteigenossen und Genossinnen von Groß-Kattowitz!

Die Parteiorganisation von Groß-Kattowitz beruft für Freitag, den 11. November d. Js., nach dem Zentralhotel eine Mitgliederversammlung ein, die eine Entscheidung über die Teilnahme an der kommissarischen Vertretung der Stadt Kattowitz durch die D. S. A. P. herbeiführen soll.

Die Vorstände der Organisation haben am Sonnabend im Beisein des Bezirksvorstandes beraten, und haben beschlossen, die Entscheidung den Parteimitgliedern zu überlassen. Die Versammlung findet pünktlich um 7½ Uhr statt. Referenten sind Genosse Dr. Wolff und Korreferent Gen. Hanisch. Mitgliedsbuch legitimiert, Ausweise der Kulturvereine berechtigen nicht zur Stimmabgabe. Es ist dringende Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen von Groß-Kattowitz vollzählig zu erscheinen.

Aus der letzten Magistratssitzung. In der letzten Sitzung des Magistrats wurden eine Reihe von wichtigen Beschlüssen gefaßt. So u. a.: Die Geschäftsordnung des Vorberatungs-Ausschusses wird in der neuen Fassung angenommen. Eine Subvention von 250 Zloty zwecks Herausgabe einer Sondernummer des „Messager Polonais“, in der vorwiegend über die Gesamtlage in der Wojewodschaft Schlesien berichtet werden soll, wurde bewilligt. Es handelt sich um ein halboffizielles Organ des polnischen Außenministeriums. Mit Eintritt des Winterhalbjahres, und zwar ab 15. November d. Js., wird von den Kinobesitzern die Lustbarkeitssteuer in Höhe von 40 Prozent des Eintrittsgeldes erhoben, und zwar gemäß dem Ortsstatut. Es handelt sich hierbei um Besteuerung der Eintrittskarten bei Vorführungen für Erwachsene, während Kindervorstellungen von der Lustbarkeitssteuer befreit sind. Von dem offiziellen Beitritt der Stadt Kattowitz zur Schlesischen Fluggesellschaft mit einem Anteil von 50 000 Zloty sowie von der erfolgten Unterzeichnung des Notariatsvertrages wurde Kenntnis genommen. Dem Aufsichtsrat der Fluggesellschaft gehört u. a. Stadtpräsident Dr. Gornik an.

Deutsches Theater Kattowitz. Heute abend ½8 Uhr „Der Rosenkavalier“. Oper von Richard Strauß.

Volkshochschule Kattowitz. Deutsche Geschichte und Chemie. Heut, Donnerstag abends 8 Uhr, beginnt im Lyzeum die Vortragsreihe über Deutsche Geschichte und in der Mittelschule der Chemiekursus mit Experimenten. Ferner finden statt: 6 Uhr polnischer Sonderkursus für Schüler und Schülerinnen, 7 Uhr Polnisch für Anfänger, 8 Uhr Polnisch für Fortgeschrittene (in der Teichschule), 8 Uhr Englisch für Fortgeschrittene (Lyzeum). Neuanmeldungen noch zu Beginn der einzelnen Kurse.

Wieder eine Spaltung in der N. P. R.?

In der NPR. gärt es bereits seit einem Jahre. Nach der Absplitterung des linken Flügels von der Partei, der sich später als NPR.-Lewica etablierte, hatte es den Anschein, daß die NPR. sich nach rechts entwickeln wird. Sie hat auch die Kommunalwahlen im engen Anschluß an die Ch. D. geführt und in Posen geht die Partei mit der dortigen Endecja durch dick und dünn. Auffallend war es, daß auf der letzten Konferenz, die noch im Sommer abgehalten wurde, nicht mehr Herr Rogusczak, der bisherige Leiter der hiesigen NPR., sondern der Lehrer Obrzud aus Bielitz zum Bezirksleiter gewählt wurde. Herr Obrzud ist im politischen Leben eine nichtssagende Person, der den Dingen nicht gewachsen ist. Weiter war es auffallend, daß die „Polska Zachodnia“ fortwährend die polnische Berufsvereinigung preist und sie immer vorschiebt. Dabei ist doch die polnische Berufsvereinigung die Hauptstütze der NPR. Lange Zeit konnte man das Spiel nicht durchschauen, weil das Organ der NPR., der „Slonski Glos Poranny“, die Sanacja fortwährend bekämpfte, während die Sanacja moralna die gewerkschaftliche Organisation der NPR., die polnische Berufsvereinigung, den Arbeitern empfahl und alle ihre Veröffentlichungen und Beschlüsse in der „Polska Zachodnia“ aufnahm. Nun scheint sich das Geheimnis zu lüften, wozu die Konferenz der Bergarbeiterabteilung der polnischen Berufsvereinigung, die am vergangenen Sonntag in Kattowitz stattgefunden, beigetragen hat. Die Arrangeure dieser Konferenz waren die beiden Herren Kot und Grajek, zu der 300 Delegierte angeblich erschienen sind. Diese Konferenz hat Beschlüsse gefaßt, die die offizielle Politik der NPR. öffentlich ins Gesicht schlagen. Vor allem sprach die Konferenz der jetzigen Regierung in Warschau und dem schlesischen Wojewoden das Vertrauen und die Anerkennung aus. Die Konferenz „konstatierte“ eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Maiumsturz in Polen. In den Referaten wurde angekündigt, daß die jetzige Regierung die Arbeitslosigkeit abschaffen, die Löhne und die Invalidenrenten erhöhen wird. Sonderbarerweise hat das Organ der NPR., der erwähnte „Slonski Glos Poranny“ die Resolutionen gar nicht veröffentlicht. Diese Beschlüsse der polnischen Berufsvereinigung und das Schweigen des NPR.-Organes dazu beweist alles. Die Spaltung in der NPR. ist bereits perfekt, wenn sie auch bis jetzt offiziell noch nicht vollzogen wurde. Grajek und Kot steuern bereits die polnische Berufsvereinigung in das Lager der Sanacja moralna, während Rogusczak und Sikora nach rechts in der Richtung der Ch. D. schielen. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die Spaltung vollzogen sein wird. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Führer der NPR. Postenjägerei betreiben. Wer heute in der Opposition zu der Sanacja moralna steht, der kommt auf keinen grünen Zweig. Das weiß Herr Kot und Herr Grajek so genau, wie wir das wissen. Herr Grajek bemüht sich schon lange um einen einträglichen Posten in einer schlesischen Gemeinde und Herr Kott „krankt“ auf den Direktorposten in der Spolka Bracka. Diese Krankheit hatte u. a. zur Folge, daß das „Kolo Starszych Brackich“ den Vizedirektorposten in dem Tarnowitzer Knappschaftsverein schaffen half, den die Arbeiter jetzt mit höheren Beiträgen bezahlen müssen. Daher die Sympathien für die Sanacja moralna, selbst auf die Gefahr hin, daß dabei die NPR. flöten geht. Eigentlich braucht die NPR. niemand mehr, und ihr Verschwinden würde kaum jemand „schmerzlich“ empfinden. Niemand weiß, was heute die NPR. will und wohin sie steuert. Sie wird noch so lange bestehen müssen, bis die Führer nicht gut untergekommen sind.

Die Wahlreform nach rückwärts

Die Nachkriegszeit hat in den meisten Ländern Mitteleuropas ein demokratisches Wahlrecht hinterlassen. Dieses demokratische Wahlrecht ist den Rechtsparteien, die sich bei uns aus dem klerikalen Bürgertum zusammensetzen, direkt ein Dorn im Auge. Solange noch die Arbeiter mit sich spaßen ließen, wurde im Stillen gegen das Wahlrecht gewühlt. Nun sind die Nachkriegszeiten vorüber und das klerikale Bürgertum fühlt sich bereits sicher und spricht laut über die „Notwendigkeit“ einer Wahlreform. Wir haben bereits im Warschauer Sejm gesehen, wie sich das klerikale Bürgertum eine „Wahlreform“ denkt. Gott bewahre, nur die Kommunisten dürfen zu den gesetzgebenden Körperschaften nicht zugelassen werden. Die „Wahlreform“ mußte also so gedreht werden, daß kein Kommunist in den Sejm hereinkomme. Damit aber waren die „Wünsche“ des klerikalen Bürgertums nicht erschöpft. Die nationalen Minderheiten treiben auch eine politische Opposition, und wenn man sie schon nicht gänzlich vom Sejm fernhalten kann, so soll ihre Vertretung möglichst beschränkt werden. Man wollte das auch durch eine Wahlgeometrie, die sehr witzig gedacht war, erzielen. Die Strafe folgte auf dem Fuße. Man wollte die Kommunisten ausschalten und die nationalen Minderheiten beschränken und überhaupt die Arbeiterrechte kürzen, und da kamen die Putsche und das Spiel mit den Arbeiterrechten war aus. Wer da viel von dem Ausschalten spricht, muß auch darauf gefaßt sein, daß auch er ausgeschaltet bleiben kann.

Das, was in Warschau nicht beendet werden konnte, versucht man bei uns in der schlesischen Wojewodschaft durchzuführen. Die klerikale bürgerliche Mehrheit fühlt sich berufen, das Wahlrecht zu „reformieren“, selbstverständlich im reaktionären Sinne. Die Rechtskommission des Schlesischen Sejm arbeitet sehr fleißig an der „Wahlreform“ für den Schlesischen Sejm. Sie hat auch bereits viel geleistet. Vor allem hat sie das Wahlalter vom 21. auf das 25. Lebensjahr hinaufgerückt. Bezeichnend ist dabei die volle Einmütigkeit zwischen den Vertretern des polnischen und des deutschen klerikalen Bürgertums. Das ist dieselbe Mehrheit, die den jungen Bürgern das Kommunalwahlrecht beschnitten hat. Diese Eile des polnisch-deutschen klerikalen Bürgertums ist hier direkt auffallend, wenn man bedenkt, daß sich die schlesische Autonomie nicht nur aus der Wahlordnung, sondern auch dem Gesetze über den Aufbau der Verwaltung selbst und dem Gesetze über die Finanzen zusammensetzt. Gerade die Finanzen, die wiederholt Anlaß zu Reibungen zwischen Warschau und Kattowitz gaben, erscheinen uns viel wichtiger und nützlicher als die Wahlordnung. Anderer Ansicht ist das kelirkale Bürgertum, das es gerade auf die Wahlordnung abgesehen hat. Die jungen Wähler, die da verdächtig erscheinen, mehr nach links orientiert zu sein, dürfen ganz einfach nicht wählen. So hat die Rechtskommission des Schlesischen Sejm beschlossen und so dürfte auch das Plenum des Schlesischen Sejm beschließen. Da bekanntlich der Appetit mit dem Essen wächst, versucht man auch möglichst den Einfluß der kleinen Parteien ganz auszuschalten. Bis jetzt waren drei Wahlkreise vorhanden, künftighin werden es 11 sein. Das klerikale Bürgertum schmiedet eben das Eisen, solange es noch warm ist.

Börsenkurse vom 10. 11. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau	1 Dollar	amtlich	=	8.92 zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	46.96 Rmk.
Kattowitz	100 Rmk.		=	213.10 zł
	1 Dollar		=	8.92 zł
	100 zł		=	46.96 Rmk.

Königshütte und Umgebung

Registrierung des Jahrganges 1907. Laut Bekanntmachung des Magistrats Königshütte werden alle im Jahre 1907 geborenen männlichen Personen, die ständig in Königshütte wohnen und polnische Staatsbürger sind, aufgefordert, sich während der Dienststunden im Militärbüro des Rathauses, Zimmer 34, in folgender Reihenfolge zur Eintragung in die Stammrolle zu melden: Am Dienstag, den 15. November, alle Personen mit den Anfangsbuchstaben A—C; Mittwoch, 16. November D—F; Donnerstag, 17. November, G—H; Freitag, 18. November, J—Ko; Sonnabend, 19. November Kr—L; Montag, 21. November, M—N; Dienstag, 22. November, O—R; Mittwoch, 23. November, S; Donnerstag, 24. November, T—Z. Am Freitag, den 25. und Sonnabend, den 26. November, haben sich zur Eintragung in die Stammrolle auch diejenigen Personen zu melden, die im Alter von 21—23 Jahren sind und sich bisher noch nicht eintragen ließen, ebenso sich vor keiner Aushebungskommission gestellt haben. Zur Eintragung müssen Personalausweise mitgebracht werden. Ausländer, deren fremde Staatszugehörigkeit von den Verwaltungsbehörden festgestellt ist, brauchen zur Registrierung nicht erscheinen. Wer den Aufforderungen zur Eintragung in die Stammrolle an den vorgeschriebenen Terminen nicht nachkommt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Zloty oder mit Arrest bestraft.

Stadtverordnetensitzung. Die nächste Stadtverordnetensitzung wird voraussichtlich am Mittwoch, 16., stattfinden.

Wieder ein Autounfall. Auf der ulica Dombrowskiego (Gneisenaustraße) wurde der 9jährige Wolfgang Berg von einem Auto aus Groß-Piekar überfahren. Außer einer Gehirnerschütterung erlitt der Knabe Verletzungen an der Hand und am Kopfe. Die Schuldfrage soll die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Städtische Versteigerung. Am Sonnabend, den 12. November, vormittags 10 Uhr, werden im Hofe des städtischen Feuerwehrdepots, an der ulica Bytomska (Beuthenerstraße) Möbel und Haushaltungsgegenstände, Kleidungsstücke, eine Schreibmaschine und ein Auto (!) öffentlich versteigert.

Wenn man betrunken ist. Als am Dienstag abend einer der neuen Autobusse der Kleinbahn von seiner Haltestelle Kronprinzenstraße abfuhr, lief plötzlich, kurz nachdem sich der Omnibus in Bewegung gesetzt hatte, ein angetrunkener Mann direkt in den fahrenden Omnibus hinein. Er wäre von demselben überfahren worden, wenn der Autobus nicht dank der Geistesgegenwart des Führers noch rechtzeitig zum Stehen gebracht worden wäre. Die Entrüstung über den Leichtsinn des Betrunkenen war sowohl bei dem Fahrpersonal als auch bei den Fahrgästen sehr groß. Das Fahrpersonal verabreichte dem Manne eine ordentliche Tracht Prügel.

Warnung vor Fahrraddieben. In letzter Zeit gelangen wieder sehr häufig Fahrraddiebstähle zur Anzeige. Es wird nochmals dringend darauf aufmerksam gemacht, die Fahrräder nicht unbeaufsichtigt und unverschlossen auf Straßen und in Husfluren stehen zu lassen. Die Fahrradbesitzer erleichtern dem Diebesgesindel dadurch ihr Handwerk in unverantwortlicher Weise. Bei einem großen Teil der abhanden gekommenen Fahrräder sind die Geschädigten nicht in der Lage, die Marke und Nummer des Fahrrades anzugeben, was die Ermittelungen sehr beeinflußt. Jeder Fahrradbesitzer müßte es sich zur Pflicht machen, die Nummer und die Marke seines Fahrrades zu notieren, dann wäre auch das Ermittelungsergebnis viel häufiger von Erfolg gekrönt, wenn jemandem ein Fahrrad gestohlen wird. Es ergeht daher der Mahnruf an das radfahrende Publikum, Vorstehendes zu beachten, damit es vor Schäden geschützt wird.

Wohnungseinbruch bei einem Staatsanwalt. Vor einigen Tagen wurde in die Wohnung des Staatsanwalts Dr. Krokowsky, auf der Tempelstraße, von bis jetzt noch nicht ermittelten Tätern ein Einbruch verübt, bei dem den Einbrechern kostbares Porzellan sowie goldene und silberne Schmucksachen in die Hände fielen.

Helft den Blinden. Der Blindenverein der Wojewodschaft Schlesien, mit dem Sitz in Königshütte, hat am 1. Juli 1925 eine Sterbekasse ins Leben gerufen, um in Todesfällen den Hinterbliebenen seiner Mitglieder mit einer Begräbnisbeihilfe Beistand zu leisten. Da von den Blinden erklärlicherweise n[illegible]in sehr geringer Monatsbeitrag zu dieser Kasse erhoben werden kann, werden diejenigen unserer sehenden Mitbürger, welche noch ein Herz und Mitgefühl für die des Augenlichts Beraubten übrig haben, herzlichst um einen Beitrag zu der Kasse gebeten. Einzahlungen nimmt die Stadtsparkasse in [illegible]. Huta (Sparbuch Nr. 493) entgegen. — Ferner unterhält der Blindenverein im städtischen Dienstgebäude an der ul. Glowackiego 5 eine Werkstatt, in welcher arbeitslose und mittellose blinde Stuhlflechter, Korbmacher und Bürstenmacher beschäftigt werden. Er kann dieser schönen und dankenswerten Aufgabe aber nur dann voll gerecht werden, wenn seitens der Bürgerschaft recht viel Arbeitsaufträge beim Verein eingehen. Der Verein bittet daher, ihn in seinen sozialen Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß ihm reparaturbedürftige Stühle und Körbe aller Art zur Reparatur zugewiesen werden. Ebenso werden auch Aufträge auf neue Korbwaren und Bürsten entgegengenommen, desgleichen Aufträge auf Stimmen und Reparatur von Klavieren. Helft den Bedauernswertesten unserer Mitbürger zu Verdienst und Ablenkung!

Myslowitz

Einmalige Aushilfe an Arbeitslose.

Anläßlich des polnischen Nationalfeiertages am 11. November, hat der Myslowitzer Magistrat einen Betrag von 5000 Zloty für eine einmalige Aushilfe an die Arbeitslosen bereitgestellt. Die letzte Stadtverordnetenversammlung hat den Magistratsvorschlag gutgeheißen. Mit der Auszahlung der Unterstützung wird am 10. November begonnen. An Unterstützung wird gezahlt an ledige Arbeitslose 5 Zloty, an Familienväter bis zu 2 Kinder 12 Zloty, an Familienväter von 2—5 Kinder 20 Zloty und an Familienväter mit mehr als 5 Kinder 25 Zloty. Die Unterstützung erhalten diejenigen, welche im Besitz des Arbeitslosenausweises sind. An die Armenunterstützungsempfänger scheint der Magistrat wiederum vergessen zu haben.

Internationale Boxkämpfe in Königshütte

Am gestrigen Abend fanden in Königshütte, „Graf Reden", die internationalen Boxkämpfe statt, die so ziemlich einen unerwarteten Verlauf nahmen. Der große Saal war sehr gut besetzt, leider war er zu überheizt, was sich gerade nicht sehr angenehm auswirkte. Zu der Organisation der Veranstaltung selbst, kann zu unserem Bedauern gesagt werden, daß sie eine mangelhafte war.

* * *

Aus dem Verlauf der Kampffolge im Federgewicht: Dybola II-Lipine gegen Drzymbala-Königshütte kämpfte unentschieden. Leichtgewicht: Skollik-Lipine gegen Holewa-Königshütte. Holewa wurde in der ersten Runde nach drei Verwarnungen disqualifiziert, so daß Skollik Sieger blieb. Mischgewicht: Dybala I-Lipine gegen Gawlik-Königshütte. Gawlik ist erheblich schlechter geworden. Dybala siegte verdient nach Punkten. Mittelgewicht: Wieczorek-Kattowitz gegen Dyrr-Königshütte. Sieger blieb nach Punkten Wieczorek über den wenig ringerfahrenen Dyrr. Dann folgte der Kampf Wende, polnische Meister 1927 (Mittelgewicht) und Wochnik-Königshütte (Leichtgehicht). Wende mußte in der ersten Runde nicht weniger als sechsmal zu Boden, darunter einmal bis „9". Nur der Gong rettete ihn. In der zweiten Runde wurde er schließlich ausgezählt. Wochnik begeisterte durch gute Technik und sichere Schlagkraft. Mittelgewicht: Orzegowski-Myslowitz gegen Jokiel, Wojewodschaftsmeister 1927 Königshütte. Dieser Kampf konnte nicht befriedigen; Jokiel am allerwenigsten. Sieger blieb nach Punkten Orzegowski. Dann kamen die Hauptkämpfe zum Austrag. Federgewicht: Rinke-Breslau gegen den polnischen Meister 1926 Gorny-Königshütte. Es war ein schöner Kampf. Gorny war sehr ausdauernd, der Breslauer hatte mehr Wirkung aufzuweisen. Es gab ein Unentschieden. Hierauf stiegen der polnische Meister 1927 im Schwergewicht, Stibbe, sowie der 15 Pfund leichtere Pistulla (Heros-Berlin) in den Ring. Dieser Kampf, der der schönste des Abends war nahm einen sensationellen Verlauf. Stibbe mußte bereits in der ersten Runde bis 5 zu Boden. Pistulla, ein ausgezeichneter Techniker, war mehr in Angriff und hatte bald das gesamte Publikum auf seiner Seite. Seine blitzschnellen schweren Haken verblüfften. Stibbe hatte nicht viel zu bestellen. Pistulla blieb überlegener Sieger nach Punkten. Er wurde begeistert vom Publikum gefeiert. Die Begegnung im Mittelgewicht Leipelt-Breslau, südostdeutscher Meister 1927 gegen Klarowitz, Wojewodschaftsmeister 1926, zeigte ebenfalls die bessere Technik und den sicheren Schlag auf seiten des Deutschen. Leipelt blieb sicher Sieger nach Punkten. Der letzte Kampf wurde im Schwergewicht ausgefochten zwischen dem 188 Pfund schweren Konarzewski (Union-Lodz) polnischer Meister von 1924 bis 1926 und Sänger-Breslau, der 12 Pfund leichter war. Kornarzewski war zu schwerfällig, obwohl er ab und zu mit Haken gut durchkam. Sänger zeigte aber bei weitem mehr und bearbeitete Kopf und Körper seines Gegners. Zum größten Erstaunen des Publikums verhängte der Schiedsrichter bei diesem Kampf ein Unentschieden. Die Verkündigung des Ergebnisses wurde mit lautem Pfuirufen aufgenommen.

Frankreich sucht Bergarbeiter. Auf der Ausschreibetafel der Myslowitzer Auswanderungszentrale wurde heute bekanntgegeben, daß 50 Bergarbeiter nach Frankreich benötigt werden. Die ärztliche Untersuchung der Auswanderungslustigen findet sofort nach der Anmeldung statt, weil beabsichtigt wird, die Partie so schnell als möglich abzuschieben. Wer also Lust hat, sein Glück in Frankreich zu versuchen, der möge sich melden, Dick ist bis heute noch kein polnischer Auswanderer in Frankreich geworden.

Wochenmarktverlegung. Am Freitag ist bekanntlich der polnische Nationalfeiertag, weshalb der Myslowitzer Wochenmarkt verlegt werden mußte. Der Wochenmarkt findet also am 10. November statt.

Zigeunerplage. Seit vielen Monaten treiben sich in Myslowitz und den umliegenden Orten, Zigeuner und Zigeunerinnen herum, die sich an der weißen Przemsa bei Jensor niedergelassen haben. Die Bande dürfte ungefähr 16 Mann stark sein. Mit Vorliebe halten sich die Zigeunerinnen vor der Auswandererstelle auf und treiben dort Jagd auf die Auswanderer. Sie suchen sich die Dummen aus, denen sie Wahrsagen und unter verschiedenen Versprechungen locken sie den Armen das Geld aus der Tasche. Von seiten der Auswandererverwaltung wäre schon geboten, die Auswanderer, insbesondere junge Mädchen, vor den Zigeunern zu warnen

Tarnowitz und Umgebung

Auch Auflösung der Tarnowitzer Stadtverordnetenversammlung.

Dem Beispiel der polnischen Parteien in Kattowitz sind jetzt auch die polnischen Parteien in der Stadt Tarnowitz in der Stadtverordnetenversammlung gefolgt. Nachdem die Wahl eines den Deutschen nicht genehmen Kandidaten zum zweiten Bürgermeister durch die Mehrheit der deutschen Partei verhindert worden war, beschlossen die polnischen Parteien, jegliche Mitarbeit dem Parlament zu verweigern. In einer polnischen Versammlung, die in Tarnowitz stattfand, wurde eine Entschließung gefaßt, in der die polnischen Bürger aufzufordern sind, sich in keiner Weise an dn weiteren Arbeiten des Stadtparlaments zu beteiligen, um dadurch einer Auflösung nach dem Muster von Kattowitz zu erzwingen.

Lublinitz und Umgebung

Kindesmord auf der Landstraße. Die Bauernfrau Viktoria K. aus Stablowa wurde dieser Tage nach Lublinitz mittels eines Wagens transportiert, wo sie sich ärztlicher Behandlung unterziehen wollte. Unterwegs gab sie einem Kinde das Leben, welches sie kurz nach der Geburt mit einem Faustschlag tötete. Die Frau, die sich in einem schwerkranken Zustande befindet, wurde wieder nach Hause geschafft. Allem Anschein nach beging sie die Tat in einem Anfall von Ueberreizung, die ihre Ursache [illegible] der Krankheit hat.

Pleß und Umgebung

Wenn Kinder mit Feuer spielen. In Krolowa brannte vorige Woche dem Landwirt Ludwig Pissarek die Scheune vollständig nieder was für ihn einen Verlust von 4000 Zloty bedeutet. Den Brand legte das 5jährige Söhnchen Pissarek an, [illegible] mit Streichhölzern spielte.

Rybnik und Umgebung

Kontrollversammlungen im Kreise Rybnik. Vom 28. November bis 2. Dezember finden in Rydultau Kontrollversammlungen statt, und zwar wie folgt: am 28. November für Nieder-Rydultau, am 29. November für die Ortschaften Ober-Rydultau, Ellguth-Tworkau, Bukow und Bluszczan; am 30. November für Pschow und Pschow-Dolen; am 1. Dezember für Hohenbirken, Zawada, Adamowitz und Syrin; am 2. Dezember für Zytna, Raschütz, Fischgrund, Pogrzbin, Niebotschau, Nowa-Wies, Lonce, Lissek, Kornowatz, Kobyla und Dreilinden. Am 3., 5. und 6. Dezember sind Kontrollversammlungen in Rybnik für die Stadt Rybnik, am 7. Dezember ebenfalls in Rybnik für die Orte: Bogucice, Boguschowitz und Chwallowitz; am 9. Dezember für Czernowitz, Gaschowitz und Gotartowitz; am 10. Dezember für Jankowitz, Jeykowitz und Leschczyn; am 12. Dezember für Ellguth-Rybnik und Lukow; am 13. Dezember für Niewiadom und Niedobschütz; am 14. Dezember für Pieza, Pietrzkowitz, Popelau, Przegendza und Ober-Radoschau; am 15. Dezember Radoschewy-Wielkie, Rzuchow, Stanowice, Summin, Szczejkowice, Szczerbitz, Wielepole, Zamyslau, Zebrzydowice und Zwonowitz. Zu stellen haben sich die Angehörigen der Kategorie A und C der Jahrgänge 1887, 1899 und 1901, außerdem die Jahrgänge 1890—1898, welche 1925 und 1926 an den Kontrollversammlungen nicht teilgenommen haben.

Republik Polen

Lodz. (Getreu nach der Bibel). Unter Vorsitz des Majors Gralewski fand gestern vor dem hiesigen Militärgericht ein interessanter Prozeß gegen den Soldaten Michal Protzek aus dem 74. Infanterieregiment in Lublinitz statt, der angeklagt war, den Gehorsam verweigert und sich gegen die Militärgesetze vergangen zu haben. Am 23. April d. Js. als an die Rekruten die Waffen verteilt wurden, lehnte Protzek es ab, ein Gewehr in Empfang zu nehmen, da dies mit seiner religiösen Gesinnung unvereinbar sei. Auch am 15. Mai, als die eingezogenen Soldaten vereidigt werden sollten, wies er die Eidesleistung zurück. Protzek wurde deshalb verhaftet und dem Gericht vorgeführt, wo er sein Verhalten damit entschuldigte, daß er Baptist sei und als solcher keine Waffen in die Hände nehmen dürfe und auch den Treueid nicht leisten könne. Er berief sich hierbei auf die Heilige Schrift in der es heißt: „Wer das Schwert ergreift, wird durch das Schwert sterben" und „Du sollt nicht schwören". Da er Christ sei und nach dem Worte Gottes lebe, sei er gezwungen, sich nach der Bibel zu richten, wenn ihm dafür auch Strafen drohen. Nach einer Anordnung des Kriegsministeriums vom 23. Mai 1924 ist es den Kreisergänzungskommandos gestattet, den einzuziehenden Sodaten, die bei der Stellung zum Heeresdienst eine Bescheinigung der Baptistengemeinde vorlegen können, daß der betreffende Soldat zur Gemeinde gehört, in eine Kanzlei oder den Krankendienst zuzuteilen. Diese Soldaten brauchen also keine Waffendienste zu tun und sind auch demgemäß vom Eid entbunden, den die anderen Konfessionen leisten müssen. Da die Führung Protzeks zu Klagen keinen Anlaß gab und er auch im sonstigen Dienst sich keinerlei Strafen zuschulden kommen ließ, wurde die Strafe gemildert. Er hätte aber einen Freispruch erzielt, wenn er bei der Einziehung sofort gemeldet hätte, daß er Anhänger der Baptistengemeinde sei. Das gefällte Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis, wobei fünf Monate Untersuchungshaft angerechnet wurden.

Deutsch-Oberschlesien

Vorsicht vor Falschgeld.

Zu dem seit längerer Zeit in Umlauf gesetzten Hartgeld (in der Hauptsache Fünfzigpfennigstücke), ist jetzt auch falsches Papiergeld getreten. Der hiesigen Kriminalpolizei wurde eine falsche Reichsbanknote über 50 Mark übergeben. Es handelt sich um einen mit der Hand gezeichneten Schein, der beim näheren Betrachten sofort als gefälscht zu erkennen ist. Besonders auffällig ist das Bild auf der Vorderseite und die Umrahmung. Ferner wird auf den Passus, der die Androhung von Strafe enthält hingewiesen. Dieser befindet sich auf der Rückseite des Scheines und ist sehr mangelhaft ausgeführt. Unter gebündelten Fünfzigmarkscheinen können diese falschen Scheine leicht in Umlauf gebracht werden. Die Bürgerschaft wird dringend gebeten, bei Annahme von Fünfzigmarkscheinen sehr vorsichtig zu sein und beim Auftauchen falscher Scheine sofort die Kriminalpolizei zu benachrichtigen. Auch andere zweckdienliche Mitteilung, die zur Ermittelung der Fälscher führen können, werden von der Kriminalpolizei erbeten.

Mikultschütz. (Die Dorfschlacht in der Kneipe). In Mikultschütz bildete am 21. Mai d. Js. die Gastwirtschaft Schopka den Schauplatz eines wüsten Auftritts. Es entstand dort zwischen einer Reihe junger Leute und einigen Gästen des Lokals eine heftige Prügelei, die damit endete, daß mehrere Beteiligte infolge der in der Hitze des Gefechts erlittenen erheblichen Verletzungen den Arzt aufsuchen mußten, während die anderen von der Schutzpolizei mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben und zum Teil festgenommen wurden. Der Vorfall hatte am Dienstag ein Nachspiel vor dem Erweiterten Schöffengericht in Beuthen, vor dem sich Ludwig Prz., Max K., Robert W., Alois G., Anton Prz., Anton W. und Vinzent B., sämtlich aus Mikultschütz, wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Gefangenenbefreiung und Widerstandes zu verantworten hatten. Hier war der Alkohol wieder die treibende Kraft zu den Straftaten. Reichlich animiert betraten die Angeklagten das Schopkasche Lokal und wollten dort von den anwesenden Gästen, worunter sich auch „Stahlhelm"-Leute befanden, mit Ausdrücken wie „Ihr Rotzer, macht daß ihr rauskommt!" beleidigt worden sein. Es kam zu einem Wortwechsel, der in einer regelrechten Schlacht seinen Abschluß fand. Man warf sich gegenseitig Gläser, Schnapsflaschen, Stühle und Tische an den Kopf. Daß hierbei die Einrichtung des Lokals einschließlich der Fensterscheiben in Trümmer ging, war die Folge der wüsten Schlägerei. Die Wirtin erlitt einen Schaden von 100 Mark. Schließlich wurde die Schutzpolizei herbeigerufen, die der Rauferei ein Ende bereitete. Einige der Kampfhähne leisteten noch den Polizeibeamten Widerstand. Das Gericht setzte folgende Strafen fest: Ludwig P. vier Monate zwei Wochen Gefängnis. K. 125 Mark Geldstrafe, W. 50 Mark, G. 125 Mark Geldstrafe, Anton P. drei Monate Gefängnis und B. fünf Monate Gefängnis. Der Angeschuldigte Wosch wurde freigesprochen, da ihm eine Beteiligung an der Schlägerei nicht nachgewiesen war.

Vom Gildentum zum Klassenkampf

Das politische Erwachen der englischen Arbeiterschaft.

England ist die Wiege der Maschine. Hier sausten die ersten mechanischen Webstühle, hier wurden zuerst die Spinnräder durch Maschinen verdrängt, und hier wurde die Dampfkraft geboren. Von England aus fand jene größte und nachhaltigste Umwälzung statt, die wir bisher aus der Geschichte kennen: die Industrialisierung.

Fürwahr, es ist ein gigantischer Siegeszug, zu dem Dampf und Maschine England befähigt haben. Von Mal zu Mal schlossen sich die Menschen, die das Inselreich um die fünf Kontinente und die Weltmeere spannte, enger; schwollen immer mächtiger die Gewinnströme an, die das Land durch seine industrielle und kommerzielle Betätigung zum Fließen brachte. So ist England nicht nur das Mutterland der Industrie, sondern auch die Heimat des modernen Kapitalismus, erhob sich England zu einem Staat, der an Glanz und Macht Rom und Byzanz, Persien und Griechenland, wie überhaupt alle früheren Staatenbildungen übertraf.

Doch es war nur eine kleine Schicht, der Glanz und Macht in England zugute kamen. Die Massen des Volkes blieben daran unbeteiligt. Schlimmer noch: die industrielle Revolution und die in ihrem Gefolge einherschreitende kapitalistische Expansion stießen diese Massen in tiefstes, in solcher Umfassung bisher nicht gekanntes Elend. Der Handwerker wurde im Wettstreit mit der Maschinenarbeit ruiniert und in einen Fabrikarbeiter umgewandelt; und der Bauer, der bisher friedlich sein Feld bestellte oder Schafe weidete, wurde in die rasch entstehenden Städte getrieben und dort zur Lohnarbeit an den Maschinen gezwungen.

Wir brauchen die großen sozialen Erschütterungen an dieser Stelle nicht nachzuzeichnen, die diese gewaltige Proletarisierung in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts begleiteten. Zwei Worte deuten sie in ihrer ganzen Schwere an: der Kampf der von Ludd geführten Maschinenstürmer (um 1815) und die bis 1848 andauernde Bewegung der Charisten, die wohl in erster Linie eine Wahlreform, aber über diese hinweg eine wirtschaftliche Umgestaltung anstrebten.

Von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an trat in England aber eine merkwürdige Wendung ein. Das zahlenmäßig immer mehr anschwellende Heer des englischen Proletariats verzichtete auf den selbständigen politischen Kampf und beschränkte sich darauf, Berufsverbände und Genossenschaften zu gründen. Die politische Interessenvertretung wurde dagegen vollständig der Liberalen Partei überlassen, und in dieser Verfassung verharrte die englische Arbeiterbewegung bis zur letzten Jahrhundertwende. Erst mit der im Jahre 1900 erfolgten Gründung der englischen Arbeiterpartei setzte die politische Loslösung der Arbeiterschaft vom Bürgertum ein und begann die Organisierung des Proletariats als Klasse.

Auf den ersten Blick erscheint es als ein unlösbarer Widerspruch, daß die englische Arbeiterschaft als selbständige politische Bewegung erst zu einer Zeit aufzutreten beginnt, als sich bereits Millionen und Millionen auf dem europäischen Kontinent unter dem roten Banner des Sozialismus organisiert und wirtschaftlich und politisch den Klassenkampf aufgenommen hatten. Aber die Erklärung für die Erscheinung ist nicht fernab zu suchen. Es genügt, daran zu erinnern, daß sich um die Mitte des vorigen Jahrhunderts eine entscheidende Wendung in der wirtschaftlichen Lage des englischen Arbeiters vollzog . . .

Die Industrialisierung hatte ihre Schrecken für die Arbeiterschaft verloren. Die Reallöhne begannen sich weit über das frühere Elendsniveau zu heben, der Arbeitstag wurde verkürzt und die Arbeitslosigkeit, dieses furchtbarste vor dem Aufkommen der Industrie nicht oder kaum gekannte Gespenst des Lohnarbeiters, verringerte sich. Und diese Besserung hielt bis zur Jahrhundertwende nicht nur an, sondern setzte sich in steigendem Umfang fort. Freilich nicht alle Schichten der Arbeiterklasse waren in gleichem Maße an diesem wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt. Die Masse der Ungelernten litt nach wie vor große Not, aber ihr stand eine zahlenmäßig nicht erheblich geringere Schicht von Arbeitern und Angestellten gegenüber, die sich eines gehobenen Wohlstandes erfreute und Existenzsorgen nicht kannte. Was sollte diese veranlassen, sich gegen den Kapitalismus zu erheben? War es nicht dieser, dem sie ihren sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg verdankten und waren es nicht die fleißigen Unternehmer, die durch ihre sich über die Welt erstreckende Betriebsamkeit dafür sorgten, daß sie Arbeit und Brot hatten? Niemand fragte sich, warum der englische Unternehmer imstande war, die hohen Löhne zu zahlen. Man hielt es für ein Naturgesetz, daß es so bliebe und daß der Wohlstand von ewiger Dauer sei.

Solange England im Besitze des Industriemonopols blieb, solange es gegenüber den übrigen Ländern in einem weiten Vorsprung war und Konkurrenz nicht zu fürchten brauchte, solange trat in der Tat kein Rückschlag für die englischen Arbeiter ein. Aber diese Zeit lief gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit raschen Schritten ihrem Ende zu. Auf dem Kontinent, vor allen Dingen in Deutschland, faßte die Industriealisierung immer breiter Fuß, und bald setzte dieser Prozeß auch in außereuropäischen Ländern ein. Damit wurde die Monopolstellung Englands auf dem Weltmarkt erschüttert. Die Beherrschung der Maschine war nicht länger mehr ein englisches Privileg, sondern wurde mit gleichem oder gar noch besserem Geschick von anderen Völkern ausgeübt. Wo immer nun englische Kaufleute und Reisende auftauchten, stießen sie auf fremde Konkurrenz, und immer mehr sah die englische Kapitalistenklasse ihre Gewinne gefährdet.

Es war nur eine logische Folge dieser Entwicklung, daß die englische Arbeiterschaft die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen mit denen der Kapitalistenklasse fühlen und begreifen lernte und von der Jahrhundertwende an mit unaufhaltsamem Eifer dazu überging, sich selbst wehrhaft zu machen. Die Gründung der Arbeiterpartei im Jahre 1900 — der die im Jahre 1881 errichtete Sozialdemokratische Föderation und vor allen Dingen die im Jahre 1893 von dem Bergarbeiter Keir Hardie ins Leben gerufene „Unabhängige Arbeiterpartei“ den Boden vorbereitet hatten — war der erste sinnfällige Beweis für diese erwachende Erkenntnis. Allerdings dauerte es noch geraume Zeit, ehe die Notwendigkeit einer selbständigen politischen Bewegung von den breiten Massen begriffen wurde. So konnte die Partei noch im Jahre 1910 erst 342 000 Wahlstimmen registrieren. Aber ununterbrochen befestigte die Partei ihren Einfluß. 1918 vereinigte sie bereits 505 000, 1922 2 245 000, 1923 4 246 000 und 1924 — bei den berüchtigten Sinowjew-Wahlen — gar 4 348 000 Stimmen auf sich, was rund einem Drittel der insgesamt abgegebenen Stimmen entspricht.

Auch an der Gewerkschaftsbewegung ist diese Entwicklung nicht spurlos vorübergegangen. Im Ablauf eines Vierteljahrhunderts sind die Berufsverbände, die ehemals einen rein gildenhaften Charakter hatten, zu wuchtigen Kampforganisationen ausgestaltet worden, deren strenge Disziplin bei dem großen Streik im vergangenen Jahre — der umfassendsten Solidaritätsaktion in der Geschichte der Arbeiterbewegung — die ganze Welt in Erstaunen versetzte.

Und wie wird sich der Zukunftsweg der englischen Arbeiterpartei gestalten? Werden ihr bald neue Millionen des Volkes zuströmen und wird sie nicht gar schon bei den im kommenden Jahr stattfindenden Wahlen als Mehrheit in das Parlament einziehen und dann aufs neue, aber mit festerer Grundlage, das Regierungssteuer übernehmen? Viele sehen einem derartigen Wahlausgang entgegen; die einen mit Hoffnung, die anderen mit Furcht. Besonders beunruhigt über den raschen Aufstieg der Arbeiterpartei ist naturgemäß die englische Bourgeoisie, die um den Verlust ihrer Macht zittert. Es ist darum damit zu rechnen, daß sie dem weiteren Erstarken ihres Klassengegners alle erdenklichen Schwierigkeiten bereiten wird. Diesem Zwecke diente vornehmlich auch das in diesem Jahr beschlossene Anti-Gewerkschaftsgesetz, durch das den Gewerkschaften die Abführung von Beiträgen an die Arbeiterpartei erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht ist. Aber alle diese der Furcht entspringenden Maßnahmen gegen die Arbeiterpartei können letzten Endes nur dazu führen, diese mit immer stärkerem Klassenbewußtsein zu erfüllen und ihren Eifer für die Eroberung der politischen Macht zu verdoppeln.

Warum Sozialismus?

Aufstieg der Arbeiterschaft. — Aufstieg der Menschheit.

Von Ferdinand Lassalle.

„. . . Arbeiter sind wir alle, insofern wir nur eben den Willen haben, uns in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen.

„Dieser vierte Stand, in dessen Herzfalten daher kein Keim einer neuen Bevorrechtung mehr enthalten ist, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht. Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit ist die Freiheit der Menschen selbst, seine Herrschaft ist die Herrschaft aller.

Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft, in dem Sinne, wie ich Ihnen dies entwickelt, der stößt nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus; der stößt vielmehr einen Schrei der Versöhnung aus, der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen,

einen Schrei der Einigung, in den alle einstimmen sollten, die solche Bevorrechtung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen, einen Schrei der Liebe, der, seitdem er sich zum ersten Male aus dem Herzen des Volkes emporgerungen, für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben und um seines Inhaltes willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe sein wird, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertönt . . .“

„Insofern aber und insoweit die unteren Klassen der Gesellschaft die Verbesserung ihrer Lage als Klasse, die Verbesserung ihres Klassenloses erstreben, insofern und insoweit fällt dieses persönliche Interesse, statt sich der geschichtlichen Bewegung entgegenzustellen und dadurch zu jener Unsittlichkeit verdammt zu werden, seiner Richtung nach vielmehr durchaus zusammen mit der Entwicklung des gesamten Volkes, mit dem Siege der Idee, mit den Fortschritten der Kultur, mit dem Lebensprinzip der Geschichte selbst, welche nichts anderes als die Entwicklung der Freiheit ist. Oder, wie wir schon oben sahen, Ihre Sache ist die Sache der gesamten Menschheit.

Sie sind somit in der glücklichen Lage, meine Herren, daß Sie, statt abgestorben sein zu können für die Idee, vielmehr durch Ihr persönliches Interesse selbst zur höchsten Empfänglichkeit für dieselbe bestimmt sind. Sie sind in der glücklichen Lage, daß dasjenige, was Ihr wahres persönliches Interesse bilde, zusammenfällt mit dem zuckenden Pulsschlag der Geschichte, mit dem treibenden Lebensprinzip der sittlichen Entwicklung. Sie können daher sich der geschichtlichen Entwicklung mit persönlicher Leidenschaft hingeben und gewiß sein, daß Sie um so sittlicher dastehen, je glühender und verzehrender diese Leidenschaft in ihrem hier entwickelter reinen Sinne ist.

Dies sind die Gründe, meine Herren, weshalb die Herrschaft des vierten Standes über den Staat eine Blüte der Sittlichkeit, der Kultur und der Wissenschaft herbeiführen muß, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen . . .“

„. . . Die sittliche Idee der Bourgeoisie ist diese, daß ausschließlich nichts anderes als die ungehinderte Selbstbetätigung seiner Kräfte jedem einzelnen zu garantieren sei.

Wären wir alle gleich stark, gleich gescheit, gleich gebildet und gleich reich, so würde diese Idee als eine ausreichende und sittliche angesehen werden können.

Da wir dies aber nicht sind und nicht sein können, so ist dieser Gedanke nicht ausreichend und führt deshalb in seinen Konsequenzen notwendig zu einer tiefen Unsittlichkeit.

Denn er führt dazu, daß der Stärkere, Gescheitere, Reichere den Schwächeren ausbeutet und in seine Tasche steckt.

Die sittliche Idee des Arbeiterstandes dagegen ist die, daß die ungehinderte und freie Betätigung der individuellen Kräfte durch das Individuum noch nicht ausreiche, sondern daß zu ihr in einem sittlich geordneten Staatswesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegensätzlichkeit in der Entwicklung . . .“

„. . . Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster noch die mäßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll!...“

Pariser Brief

Wiederbeginn der Parlamentssession.

Die Deputierten und Senatoren treten nach sehr langen Ferien wieder zusammen, ohne daß die allgemein-politische Lage sich sehr geklärt und die Stellung der Parteien sich besonders verändert hat.

Es ist Tatsache, daß die Radikale Partei soeben einen wichtigen Kongreß abhielt und daß die Debatte wie die Beschlüsse dieser Versammlung eine ziemlich ausgeprägte Entwicklung nach links anzuzeigen scheinen. Das ist so klar der Fall, daß gewisse Zeitungen geglaubt haben, die Frage aufwerfen zu können, ob sich nicht eine Ministerkrise am Horizont abzeichne. Doch, das ist ein wenig voreilig.

Zweifellos haben die Radikalen angesichts des Näherkommens der Wahlen und der allgemeinen Unzufriedenheit, die unter den Wirkungen der harten Steuern, der schleichenden Wirtschaftskrise, die auf alles drückt, und der Teuerung an Ausdehnung und Tiefe gewinnt, Ballast abgeworfen und zu verstehen gegeben, daß die Formel von der nationalen Einigkeit für sie nicht sehr anziehend sei, daß sie sich vorbereiten müßten, sie über Bord zu werfen. Aber nicht heute, sondern erst morgen. Das beweist der Umstand, daß der frühere Präsident der Partei, der auch heute noch ein Führer ist, den niemand verleugnen wird, Herr Herriot, immer noch Unterrichtsminister im Kabinett Poincaree ist.

So daß die Gefahr des Bruches, wenn es diese Gefahr überhaupt gibt, wenigstens auf eine spätere Zeit verschoben erscheint.

Die radikalen Zeitungen haben in dichterischen Ausdrücken den Kongreß ihrer Partei gefeiert. Endlich, so schrieben sie, hört die Zweideutigkeit auf und haben wir eine klare und freimütige Politik.

Es ist unerhört, was man Worten alles für eine Bedeutung geben kann. Denn wenn man nur ein wenig nachdenkt, wird man schnell dazu geführt, zu erkennen, daß niemals eine politische Partei tiefer in Zweideutigkeiten und Verwirrung steckte als die französischen Radikalen.

Zur Macht berufen, haben sie nichts anderes getan, als vor den Mächten der Finanz und den Drohungen der Reaktion zu kapitulieren.

Durch ihre Feigheit ebenso sehr wie durch die Heftigkeit der Angriffe ihrer Gegner umgeworfen, sind sie in ein Ministerium der nationalen Einigkeit eingetreten, in das Gefolge von Menschen, die sie verurteilt hatten, und für eine Politik, die diametral derjenigen entgegengesetzt ist, die sie gepriesen haben und auf deren Grundsätze sie gewählt worden sind.

Monate, ein Jahr, vergehen, die Radikalen beraten über alles das, verurteilen die nationale Einigkeit, bereiten sich vor, wenn nicht auf Wahlbündnisse, so doch auf wechselseitige Verzichte mit den Sozialisten, beschließen aber gleichzeitig, das Experiment Poincaree weiter zu verfolgen und ihre Leute im Kabinett der nationalen Einigkeit zu belassen.

Das begreife, wer kann. Aber es ist wahrlich nicht übertrieben, von aufgehobener Verwirrung, von Klarheit und von Offenheit zu sprechen. Im Gegenteil, niemals watete ein Partei tiefer in Zweideutigkeiten.

Wie dem aber auch sei, die Linke hat in der Radikalen Partei triumphiert.

Was wir soeben sagten, zeigt an, daß für den Augenblick die Rückwirkungen auf Parlament und Regierung fast gleich null sein werden. Aber was wird morgen sein? Es ist ganz klar, daß eine Ehe, in der die miteinander Verbundenen eifersüchtig aufeinander sind, sich mißtrauen, sich gegenseitig bloßstellen und täuschen, keine sehr glänzende Zukunft haben kann. Das ist der Fall bei der nationalen Einigkeit, in der Poincaree die Rolle des betrogenen Gatten spielt, der aber Herr im Hause bleibt.

Paul Faure.

Die Polizeihölle von Budapest

In der Folterkammer zum Spitzel gepreßt. — Ein Berliner Protokoll gegen die Horthy-Polizei.

Dem „Vorwärts“ liegt die eidesstattliche Aussage des Eduard Rubin vor, die im Budapester Prozeß gegen Szanto und Genossen verlesen wurde. Die Angaben dieser eidesstattlichen Aussage enthüllen ein erschütterndes Bild der Budapester Polizeischande.

Eduard Rubin, der in Berlin unter dem falschen Namen Eduard Roßler lebt, 20 Jahre alt, Schneidergeselle aus Budapest, ist der Sohn frommer jüdischer Eltern. Religiöse Gründe und Gewissensbisse, daß er unschuldige Familienväter der Polizei ausgeliefert habe, haben ihn zu seiner Aussage veranlaßt.

Rubin wurde am 24. Februar 1927 mit zwei anderen Genossen im Lokal der Ungarländischen Sozialistischen Arbeiterpartei grundlos verhaftet. Er wurde zur Stadthauptmannschaft geführt und dort zum Polizeirat Schweinitzer gebracht. Am 24. Februar, nachts wurde er unter Mißhandlungen zu Schweinitzer geschleift, der von ihm wissen wollte, welche Funktionen er gehabt habe. Mit der wahrheitsgemäßen Aussage beruhigte sich Schweinitzer nicht. Am folgenden Vormittag wurde er abermals vorgenommen. Am 25. Februar nachts ½12 Uhr erschienen zwei Detektive in seiner Zelle, mißhandelten ihn schwer und schleppten ihn zu Schweinitzer, der von ihm Auskünfte über die illegale Kommunistische Partei haben wollte. Als Schweinitzer darüber nichts erfuhr, weil Rubin nichts wußte, übergab er ihn einem Kriminalbeamten mit den Worten: „Herr Kollege, nehmen Sie bitte ein Protokoll auf, und wenn er nicht reden will, schlagt ihn windelweich.“ Dieser Beamte nahm ihn auf sein Zimmer und rief den Detektiv Joseph Beel. Rubin sagt nun aus:

„Dieser Joseph Beel stellte mich an die Wand und befahl mir, auf einem Bein zu stehen. Als ich müde wurde und das Bein wechseln wollte, zog er den Revolver und drohte, mich niederzuschießen. Als ich, gänzlich erschöpft, nicht mehr auf einem Bein stehen konnte und den anderen Fuß niedersetzte, kam er zu mir hin, schlug mich ins Gesicht und riß mich an den Haaren. Nach einigen Minuten kam der Detektiv Taucos in das Zimmer, band meine Hände mit einem Riemen zusammen und führte mich in den „Schalldämpfer“, wo sich ungefähr 15 bis 20 Detektive aufhielten. Sie stürzten alle auf mich los und schlugen und traten mich von allen Seiten. Darauf banden sie mir die Hände noch fester zusammen und setzten mich auf einen Stuhl, alles unter fortwährenden Schlägen. Sie befahlen mir, die Füße hochzuziehen und die Knie mit den Armen zu umfassen. Dann steckten sie mir unter den Knien durch die Arme einen Stock, hoben mich vom Stuhl und steckten beide Enden des Stockes durch die Sprossen von zwei Stühlen. Zwei Detektive hielten mir die Füße hoch. Dann schlug mich Johann Rubos mit einem Ochsenziemer auf die Fußsohlen. Ich habe ungefähr 15 Hiebe gespürt, dann verlor ich vor furchtbaren Schmerzen die Besinnung. Ich kam erst zu mir, als ich mit Wasser begossen wurde. Meine Sohlen taten fürchterlich weh, man band mir die Füße los und befahl, im Zimmer im Kreise herumzulaufen. Ich versuchte aufzustehen, konnte aber nicht, weil meine Sohlen furchtbar geschwollen waren und schmerzten. Die Detektive stellten sich darauf in einen Kreis, rissen mich hoch, schlugen und traten und rissen mich an den Haaren im Kreis herum. Nach einigen Minuten kam Polizeirat Schweinitzer ins Zimmer und fragte mich, ob ich nun bereit sei, zu reden. Denn, wenn nicht, würde man mich solange schlagen, bis ich krepiere.

Rubin schilderte nun, wie er am Morgen abermals zu Schweinitzer geführt wurde, der von ihm Aussagen über die illegale kommunistische Bewegung haben wollte. Rubin antwortete, er wüßte davon nichts. Darauf sagte Schweinitzer zu den Detektiven, die im Zimmer waren: „Der Kerl ist noch nicht weich genug, den müßt ihr wieder in Arbeit nehmen.“ Die Foltern begannen von neuem, bis Rubin zum zweitenmal die Besinnung verlor. Man ließ ihm dann zwei Stunden Ruhe, dann wurde er abermals gefoltert. Die Detektive löschten ihre brennenden Zigaretten so, daß sie sie an seinen Wangen oder Händen ausdrückten. Rubin fährt fort:

„Am 26. Februar schlugen sie mich mit kleinen Zwischenpausen den ganzen Tag bis in den späten Nachmittag hinein. Ich war

schon ganz schwach geworden, hatte auch seit zwei Tagen nichts zu essen bekommen. Gegen 6 Uhr brachte man mich wieder in den „Schalldämpfer", band mir die Hände mit einem Riemen hinten zusammen und zog mich an dem Riemen über einen in die Wand geschlagenen großen Haken hoch. Als ich die Besinnung verlor, ließen sie mich los und brachten mich mit Schlägen zur Besinnung. Dann schlugen sie mich weiter, bis ich wieder in Ohnmacht fiel."

Nach einer Stunde wurde Rubin wieder zu Schweinitzer geführt. Dort sagte ihm Hetenyi im Beisein Schweinitzers: „Da wir sehen, daß wir mit Schlägen nichts aus dir herausholen können, geben wir dir folgendes zur Kenntnis: Drei Wege stehen dir bevor: entweder sperren wir dich ins Gefängnis, lassen dich dort verfaulen, weil wir Beweise dafür haben, daß du Kommunist bist, oder aber du gibst uns die Namen und Adressen der Leute, die aus Moskau hier in Budapest sind. Dann wirdst du das, was wir dir in den Mund legen, den Leuten, die wir mit dir konfrontieren, ins Gesicht sagen. Die Protokolle, die wir dir vorlegen, wirst du widerspruchslos unterschreiben. Tust du alles, so machen wir einen neuen Menschen aus dir. Wir schicken dich ins Ausland, wenn du willst nach Amerika, geben dir Papiere und Geld, und du wirst die unterstützende Hand der ungarischen Polizei immer hinter dir spüren."

In diesem Zustand, physisch vollständig gebrochen, halb besinnungslos, antwortete Rubin: „Mir ist jetzt schon alles egal, ich werde alles tun, was Sie wollen, und gab die Adresse von Zoltan Szanto an."

Szanto wurde verhaftet. Rubin erhielt nun zu essen und Zigaretten. Schweinitzer führte ihn in sein eigenes Zimmer und erklärte ihm, wie er sich benehmen sollte und was er den Leuten, mit denen er konfrontiert werden sollte, zu sagen hätte. Den ganzen nächsten Tag wurde Rubin instruiert. Er mußte die falschen Aussagen, die man von ihm verlangte, und eine Reihe von Namen, deren Träger er niemals gekannt hatte, auswendig lernen. Am Abend wurde er dann mit Vagi konfrontiert.

Nach diesen Konfrontationen wurden die Unglücklichen, gegen die er aussagen mußte, hinausgeführt und jämmerlich zerschlagen zurückgebracht. Ein Protokoll wurde mit Rubin zum erstenmal am 5. März aufgenommen. Die Protokollaufnahme erfolgte folgendermaßen:

„Schweinitzer las mir ein 14 Seiten umfassendes Dokument vor, dessen erster Teil aus den Aussagen bestand, die ich den mit mir konfrontierten Leuten ins Gesicht machen mußte. Der zweite und größere Teil enthielt Aussagen, von denen ich keine blasse Ahnung hatte."

Ehe er zur Staatsanwaltschaft kam, wurde er dem Staatsanwalt Miskolczy gezeigt. Am Tage danach erhielt er einen Paß auf den Namen Rößler, mußte die Unterschrift einüben. Dann wurde er von Hetenyi über seine Tätigkeit im Ausland instruiert und zum Berliner Schnellzug gebracht.

In Berlin suchte er sich bei jüdischen Glaubensgenossen Arbeit. Ende Juni wurde er durch eine Postkarte zu dem Detektivoberinspektor Zdeborski in Hotel bestellt. Darüber, was er nun tun sollte, sagt Rubin aus:

Er sagte mir auch, daß ich neue Papiere erhalten sollte, mit deren Hilfe ich dann meine Flucht aus Budapest den ungarischen Kommunisten in Berlin erklären könne. Ich sollte trachten, ihr Vertrauen zu gewinnen, und, wenn es möglich sei, sollte ich es erreichen, daß ich in die hiesige russische Botschaft oder Handelsvertretung oder irgendeine andere russische Organisation hineinkomme, damit sie mich später nach Rußland schickten. Ferner hat mich Zdeborski beauftragt, das Haus Maaßenstraße 9 zu beobachten, weil dort ungarische Kommunisten abzusteigen pflegten."

Unter dem Eindruck der Verlesung dieses Protokolls hat das Budapester Gericht sich auf vier Tage vertagt. Kein Ableugnungsversuch kann die Schande auslöschen, die auf dem Foltersystem der Polizei Horthy-Ungarns liegt!

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 11. November 1927. 16,30—18: Massenet — Puccini. 18: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. 18,50—19,20: Uebertragung aus Gleiwitz: Chefredakteur Heinrich Koitz: Zeitlupenbilder aus Oberschlesien. 19,20—19,50: Stunde der Deutschen Reichspost. 20: Liederstunde. 21: Katastrophen.

Mailand — Welle 315,8.

Freitag. 20.45: Zeitzeichen. Vortrag von Lesca. 21: Nationalhymnen. 21.15: Verschiedenartiges Konzert. 23: Tanzmusik. Anderes Programm wie Montag.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Freitag. 11: Vormittagskonzert. 16: Nachmittagskonzert. 17.20: Musikalische Kinderstunde. 17.40: Wochenbericht für Fremdenverkehr. 18: Das Gefühl der Ebene in unserer Zeit. 18.30: Kraftfahrwesen. 19.30: Uebertragung aus dem großen Musikvereinssaal.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Zalenze. Am 11. November, abends 7 Uhr, findet ein Vortrag über Gewerkschaftsbewegung und Klassenkampf im Golczykschen Saale statt. Referent: Buchwald. — Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Friedenshütte. Donnerstag, den 10. November, findet der fällige Vortrag der Ortsgruppe Nowy Bytom im Postrachschen Lokal statt. Thema laut Programm: Grundlehre der Volkswirtschaften. Referent: Genosse Buchwald. Um regen Zuspruch wird gebeten.

Nickischschacht-Gieschewald. Am Sonntag, den 13. November, nachm. 3 Uhr, findet beim Herrn Knosalla, Nickischschacht, der erste diesjährige Vortrag des Bundes für Arbeiterbildung über „Werden und Vergehen" statt. Referent: Genosse Staschek. Die Frauen und die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes sind hierzu eingeladen.

Versammlungskalender

Groß-Kattowitz. D. S. A. P. Die Mitgliederversammlung findet am Freitag, den 11. November, abends 7 Uhr, im Zentralhotel statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur kommissarischen Stadtvertretung. Referent: Genosse Dr. Wolff, Korreferent Gen. Hanisch. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Kattowitz. D. M. V. Am Sonntag, den 13. November, vormittags 10 Uhr, findet im Zentralhotel, Katowice, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Referat des Kollegen Kandziora über „Die Verschmelzung der Krankenkassen". 2. Verschiedenes. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist Ehrenpflicht.

Kattowitz. Arbeiterwohlfahrt. Am Sonntag, den 13. November, nachmittags 5 Uhr, findet im Zentralhotel eine Mitgliederversammlung der „Arbeiterwohlfahrt" statt, zu welcher wir alle Genossen und Genossinnen einladen. Referent ist Genosse Bürgermeister Lukas-Alt-Bielitz. Sorget für einen guten Besuch.

Kattowitz. Holzarbeiter. Donnerstag, den 10. November, abends 7 Uhr, im Zentralhotel, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Pünktliches Erscheinen Pflicht.

Laurahütte. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 13. November, vormittags 9½ Uhr, findet beim Herrn Kosdon eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Referent zur Stelle.

Michalkowitz. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 13. November, nachmittags 4 Uhr, findet im früher Perzykschen Saale eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Referent zur Stelle.

Königshütte. Am Freitag, den 11. November, abends 7½ Uhr, findet im Konferenzzimmer eine wichtige Sitzung der Vorstände der D. S. A. P., Arbeiterwohlfahrt und des Ortsausschusses statt. Infolge der Wichtigkeit dieser Sitzung wird um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht.

Emanuelssegen. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 13. Nov., nachm. 4 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Lokal wie immer. Referent zur Stelle.

Nikolai. D. S. A. P. Am Sonntag, den 13. November, vorm. 9½ Uhr, findet die fällige Parteiversammlung der D. S. A. P. statt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht, da auf der Tagesordnung wichtige Sachen zur Besprechung sind. Ref. Gen. Matzke.

Nikolai. Freie Sänger. Am Sonntag, den 13. November, findet um 5½ Uhr nachm. eine Uebungsstunde statt, unter Leitung des Herrn Studienrat Birkner.

Vermischte Nachrichten

Eine lustige Szene im Autobus

wird im Pariser „Figaro" erzählt:

„Sie sind ein Schwein, mein Herr!" rief eine hübsche, junge Frau auf dem Verdeck eines Autobus der Linie Sevres—Nordbahnhof nach der Abfahrt von der Haltestelle an der Bankstraße.

Zugleich versetzte sie ihrem Nachbarn, einem älteren Herrn, der das Kreuz der Ehrenlegion trug, ein gesalzene Ohrfeige.

„Das ist für das Kneifen!"

„Ich hab' Sie ja gar nicht gekniffen, gnädige Frau," beteuerte der Geschlagene, mit geröteter, schmerzender Wange aufspringend.

„Freilich haben Sie mich gekniffen."

„Es ist nicht wahr. Sie sind von Sinnen!" In diesem Augenblick legte sich ein anderer Mitfahrender, der links von der Dame saß, ins Mittel; es war ihr Gatte. Alsobald gab ihm der Herr mit dem Kreuz der Ehrenlegion die erhaltene Ohrfeige zurück, und nun entspann sich eine regelrechte Schlacht.

Als der Schaffner herbeigeeilt kam, rief plötzlich eine Stimme hinter den Kämpfenden: „Mein Hummer will fort!"

Da sah man aus dem Korb einer vom Markt heimkehrenden wackeren Hausfrau eine riesige Hummerschere hervorragen . . . Nun klärte sich alles auf. Der Hummer war der einzig Schuldige. Die Zeugen des Auftritts brachen in Lachen aus, und die beiden Gegner selbst stimmten in die allgemeine Freude ein.

Der alte Herr, die junge Frau und ihr Mann entschuldigten sich gegenseitig, und der Autobus, der eine Weile gehalten hatte, fuhr wieder weiter.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzytki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.